



Gesetz- und Verordnungsblatt für den Freistaat Thüringen

2005	Ausgegeben zu Erfurt, den 7. April 2005	Nr. 5
------	---	-------

	Inhalt	Seite
10.03.2005	Thüringer Verordnung über die zentrale Vergabe von Studienplätzen (Thüringer Vergabeverordnung ZVS) ...	133
16.03.2005	Verordnung zur Durchführung des Weinrechts und zur Änderung der Thüringer Verordnung zur Übertragung von Ermächtigungen auf dem Gebiet des Weinrechts	144
22.03.2005	Anordnung über die Errichtung des Landesjugendamtes	154
18.03.2005	Erste Anordnung und Verordnung zur Änderung der Anordnung über die Errichtung der Straßenbaubehörden und der Thüringer Bundesfern- und Landesstraßen-Zuständigkeitsverordnung	154
22.03.2005	Thüringer Umlegungsausschussverordnung (ThürUaVO)	155
22.03.2005	Thüringer Verwaltungskostenordnung für Bodenordnungsmaßnahmen nach dem Baugesetzbuch (ThürVwKostOBo)	157

Thüringer Verordnung über die zentrale Vergabe von Studienplätzen (Thüringer Vergabeverordnung ZVS) Vom 10. März 2005

Inhaltsübersicht

§ 19 Hochschulauswahlverfahren

Erster Abschnitt Allgemeines

- § 1 Umfang der zentralen Studienplatzvergabe
- § 2 Einbezogener Personenkreis

Zweiter Abschnitt Antragstellung

- § 3 Frist und Form der Anträge, Ausschluss vom Verfahren
- § 4 Beteiligung am Verfahren
- § 5 Besonderer öffentlicher Bedarf

Dritter Abschnitt Quotierung und Verfahrensablauf

- § 6 Quotierung
- § 7 Ablauf des zentralen Vergabeverfahrens
- § 8 Zulassungsbescheid
- § 9 Abschluss des zentralen Vergabeverfahrens
- § 10 Auswahlverfahren der Hochschulen

Vierter Abschnitt Quoten und Auswahlkriterien des zentralen Vergabeverfahrens

- § 11 Auswahl in der Abiturbestenquote
- § 12 Landesquoten
- § 13 Zurechnung zu den Landesquoten
- § 14 Auswahl nach Wartezeit
- § 15 Auswahl nach Härtegesichtspunkten
- § 16 Auswahl der Bewerber mit besonderer Hochschulzugangsberechtigung
- § 17 Auswahl für ein Zweitstudium
- § 18 Nachrangige Auswahlkriterien

Fünfter Abschnitt

Auswahl nach einem Dienst aufgrund früherer Zulassung

- § 20 Auswahl nach einem Dienst aufgrund früheren Zulassungsanspruchs

Sechster Abschnitt

Verteilung auf die Studienorte

- § 21 Verteilung der in der Abiturbestenquote Ausgewählten auf die Studienorte
- § 22 Verteilung der nach § 7 Abs. 3 Ausgewählten auf die Studienorte

Siebter Abschnitt

Vergabe von Teilstudienplätzen

- § 23 Teilstudienplätze

Achter Abschnitt

Ausländerzulassung

- § 24 Ausländerzulassung durch die Hochschulen

Neunter Abschnitt

Schlussbestimmungen

- § 25 Gleichstellungsbestimmung
- § 26 In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten

Aufgrund des § 2 Satz 1 des Thüringer Studienplatzvergabegesetzes in der Fassung vom 19. April 2000 (GVBl. S. 81) in Verbindung mit Artikel 16 Abs. 1 Nr. 1 bis 8 und 13 des Staatsvertrages über die Vergabe von Studienplätzen vom 24. Juni 1999 (GVBl. 2000 S. 81-82-) verordnet das Kultusministerium:

Erster Abschnitt Allgemeines

§ 1

Umfang der zentralen Studienplatzvergabe

Die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (Zentralstelle) vergibt die Studienplätze des ersten Fachsemesters der in das zentrale Vergabeverfahren einbezogenen Studiengänge, soweit sie nicht von den Hochschulen vergeben werden. Die in das zentrale Vergabeverfahren einbezogenen Studiengänge sind in Anlage 1 aufgeführt.

§ 2

Einbezogener Personenkreis

Die Studienplätze werden an Deutsche sowie an ausländische Staatsangehörige oder Staatenlose, die im Sinne dieser Verordnung Deutschen gleichgestellt sind, vergeben. Deutschen gleichgestellt sind:

1. Staatsangehörige eines anderen Mitgliedsstaates der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum,
2. in der Bundesrepublik Deutschland wohnende Kinder von Staatsangehörigen eines anderen Mitgliedsstaates der Europäischen Union oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum, sofern diese Staatsangehörigen in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt sind oder waren,
3. in der Bundesrepublik Deutschland wohnende andere Familienangehörige im Sinne des Artikels 10 der Verordnung (EWG) Nr. 1612/68 des Rates vom 15. Oktober 1968 über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer innerhalb der Gemeinschaft (ABl. EG Nr. L 257 S. 2) in der jeweils geltenden Fassung von Staatsangehörigen eines anderen Mitgliedsstaates der Europäischen Union oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum, sofern diese Staatsangehörigen in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt sind, sowie
4. sonstige ausländische Staatsangehörige oder Staatenlose, die eine in der Bundesrepublik Deutschland oder an einer deutschen Auslandsschule erworbene Hochschulzugangsberechtigung, die nicht ausschließlich nach ausländischem Recht erworben wurde (deutsche Hochschulzugangsberechtigung), besitzen.

Wer nach Satz 2 Deutschen gleichgestellt ist, wird nach den für Deutsche geltenden Bestimmungen am Vergabeverfahren beteiligt.

Zweiter Abschnitt Antragstellung

§ 3

Frist und Form der Anträge, Ausschluss vom Verfahren

(1) Zulassungsanträge richten sich zugleich auf die Teilnahme am zentralen Vergabeverfahren und auf die Teilnahme an den Auswahlverfahren der Hochschulen.

(2) Der Zulassungsantrag muss

1. für das Sommersemester, wenn die Hochschulzugangsberechtigung vor dem 16. Juli des Vorjahres erworben wurde, bis zum 30. November des Vorjahres, andernfalls bis zum 15. Januar,

2. für das Wintersemester, wenn die Hochschulzugangsberechtigung vor dem 16. Januar erworben wurde, bis zum 31. Mai, andernfalls bis zum 15. Juli,

bei der Zentralstelle eingegangen sein (Ausschlussfristen). Bei Bewerbungen für ein Zweitstudium gilt der Zeitpunkt des Abschlusses des Erststudiums als Zeitpunkt des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung nach Satz 1.

(3) Im Zulassungsantrag ist ein Studiengang zu wählen. Für die Vergabe der Studienplätze in der Abiturbestenquote können bis zu sechs Studienorte in einer Reihenfolge gewählt werden. Für die Vergabe der Studienplätze in den weiteren durch die Zentralstelle vergebenen Quoten sind gewünschte Studienorte in einer Reihenfolge zu wählen. Für das Auswahlverfahren der Hochschulen können bis zu sechs Studienorte in einer Reihenfolge gewählt werden. Studiengangwunsch und Ortswünsche können nach Ablauf der Fristen nach Absatz 2 Satz 1 nicht mehr geändert werden.

(4) Im Zulassungsantrag hat der Bewerber anzugeben, ob er

1. für den gewählten Studiengang im Zeitpunkt der Antragstellung an einer deutschen Hochschule als Student eingeschrieben ist,
2. bereits an einer deutschen Hochschule ein Studium abgeschlossen hat oder als Student eingeschrieben war, gegebenenfalls für welche Zeit.

(5) Stellt ein Bewerber mehrere Zulassungsanträge, wird nur über den letzten fristgerecht eingegangenen entschieden. Anträge, die nach dieser Verordnung ergänzend zum Zulassungsantrag gestellt werden können, sind mit dem Zulassungsantrag zu stellen, es sei denn, der Antrag stützt sich auf einen zum Sommersemester vor dem 16. Januar oder zum Wintersemester vor dem 16. Juli nach Ablauf der jeweiligen Bewerbungsfrist eingetretenen Sachverhalt.

(6) Die Zentralstelle bestimmt die Form des Zulassungsantrags und der Anträge nach Absatz 5 Satz 2. Sie bestimmt auch die Unterlagen, die den Anträgen mindestens beizufügen sind, sowie deren Form; dabei kann sie auch bestimmen, dass den Anträgen Unterlagen beizufügen sind, die für das Auswahlverfahren der Hochschulen nach deren Vorgaben benötigt werden. Sie ist nicht verpflichtet, den Sachverhalt von Amts wegen zu ermitteln. Die Bewerber übersenden den nach Absatz 3 Satz 4 gewählten Hochschulen die jeweils für deren Auswahlverfahren benötigten Unterlagen; das Nähere regeln die Hochschulen durch Satzung.

(7) Wer die Bewerbungsfristen nach Absatz 2 Satz 1 versäumt, ist vom Vergabeverfahren ausgeschlossen. Ist der Zulassungsantrag fristgerecht gestellt worden, können nachträglich eingereichte Unterlagen

1. für das Sommersemester, wenn die Hochschulzugangsberechtigung vor dem 16. Juli des Vorjahres erworben wurde, bis zum 15. Dezember des Vorjahres, andernfalls bis zum 31. Januar,
 2. für das Wintersemester, wenn die Hochschulzugangsberechtigung vor dem 16. Januar erworben wurde, bis zum 15. Juni, andernfalls bis zum 31. Juli,
- berücksichtigt werden (Ausschlussfristen). Entspricht der Zulassungsantrag nicht den rechtlichen Mindestanforderungen oder fehlen bei Ablauf der Fristen nach Satz 2 notwendige Unterla-

gen oder nach Absatz 4 erforderliche Angaben, gilt Satz 1 entsprechend.

§ 4

Beteiligung am Verfahren

(1) Am Vergabeverfahren wird nur beteiligt, wer bei der Bewerbung für das Sommersemester bis zum 15. Januar, bei der Bewerbung für das Wintersemester bis zum 15. Juli die Hochschulzugangsberechtigung für den gewählten Studiengang erworben hat. Werden mehrere einschlägige Hochschulzugangsberechtigungen vorgelegt, wird dem Zulassungsantrag die zuerst erworbene zugrunde gelegt.

(2) Wer bei der Bewerbung für das Sommersemester bis zum 15. Januar, bei der Bewerbung für das Wintersemester bis zum 15. Juli das 55. Lebensjahr vollendet hat, wird am Vergabeverfahren nur beteiligt, wenn für das beabsichtigte Studium unter Berücksichtigung der persönlichen Situation des Bewerbers schwerwiegende wissenschaftliche oder berufliche Gründe sprechen.

(3) Vom Vergabeverfahren ist ausgeschlossen, wer für den gewählten Studiengang im Zeitpunkt der Antragstellung an einer in der Bundesrepublik Deutschland gelegenen Hochschule (deutsche Hochschule) als Student eingeschrieben ist; dies gilt nicht im Fall der Einschreibung für einen Teilstudienplatz oder bei Nachweis von Gründen für einen Studienortwechsel nach § 15 Satz 2. Wer in dem gewählten Studiengang bereits an einer deutschen Hochschule eingeschrieben war, kann seine Zulassung in diesem Studiengang sowohl im Verfahren der Zentralstelle für einen Studienplatz des ersten Fachsemesters als auch nach Maßgabe der Bestimmungen für die Zulassung zu höheren Fachsemestern beantragen.

§ 5

Besonderer öffentlicher Bedarf

Das Bundesministerium der Verteidigung teilt der Zentralstelle für das Sommersemester bis zum 15. Januar, für das Wintersemester bis zum 15. Juli (Ausschlussfristen) unter Angabe einer Reihenfolge mit, wen es für die Studienplätze benennt, die dem Sanitätsoffizierdienst der Bundeswehr vorbehalten sind. Wer einen Studienplatz aus dieser Quote erhält, kann nicht nach anderen Bestimmungen dieser Verordnung zugelassen werden.

Dritter Abschnitt

Quotierung und Verfahrensablauf

§ 6

Quotierung

(1) Von den festgesetzten Zulassungszahlen sind je Studienort vorweg abzuziehen:

1. für die Zulassung von ausländischen Staatsangehörigen oder Staatenlosen, die nicht nach § 2 Satz 2 Deutschen gleichgestellt sind, 8 v. H.,
2. für die Zulassung im Sanitätsoffizierdienst der Bundeswehr
 - a) 1,8 v. H. im Studiengang Medizin,
 - b) 0,5 v. H. im Studiengang Pharmazie,
 - c) 0,1 v. H. im Studiengang Tiermedizin,
 - d) 1,4 v. H. im Studiengang Zahnmedizin.

Die von der jährlichen Aufnahmekapazität auf die Quote nach Satz 1 Nr. 1 entfallenden Studienplätze können nach Maßgabe des Landesrechts zu einem Zulassungstermin (Wintersemester oder Sommersemester) vergeben werden; § 7 Abs. 1 bleibt unberührt.

(2) Darüber hinaus sind von der Gesamtzahl der festgesetzten Zulassungszahlen vorweg abzuziehen:

1. 2 v. H. für Fälle außergewöhnlicher Härte,
2. 0,2 v. H. für die Auswahl der Bewerberinnen und Bewerber mit besonderer Hochschulzugangsberechtigung,
3. 3 v. H. für die Auswahl für ein Zweitstudium.

Der Anteil der für Bewerber mit besonderer Hochschulzugangsberechtigung bei der Verfahrensdurchführung zur Verfügung stehenden Studienplätze an der Gesamtzahl der Studienplätze darf nicht größer sein als ihr Anteil an der Bewerbergesamtheit. Für jede Quote nach Satz 1 muss mindestens ein Studienplatz zur Verfügung gestellt werden.

(3) Die Zahl der in der Abiturbestenquote zu vergebenden Studienplätze beträgt je Studienort 20 v. H. der Zahl der nach Abzug der Quoten nach den Absätzen 1 und 2 verbleibenden Studienplätze.

(4) Die Zahl der durch das Auswahlverfahren der Hochschulen zu vergebenden Studienplätze beträgt je Studienort 60 v. H. der Zahl der nach Abzug der Quoten nach den Absätzen 1 und 2 verbleibenden Studienplätze.

(5) Die verbleibenden Studienplätze, vermindert um die Zahl der nach einem Dienst aufgrund früheren Zulassungsanspruchs Auszuwählenden, die nicht in der Abiturbestenquote oder im Auswahlverfahren der Hochschulen zugelassen worden sind, werden nach Wartezeit vergeben.

(6) In den Quoten nach Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 und Absatz 5 verfügbar gebliebene Studienplätze werden der Quote nach Absatz 4 hinzugerechnet. In den Quoten nach Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 sowie den Absätzen 2 und 3 verfügbar gebliebene Studienplätze werden der Quote nach Absatz 5 hinzugerechnet.

§ 7

Ablauf des zentralen Vergabeverfahrens

(1) Ein Vergabeverfahren umfasst jeweils die auf einen Zulassungstermin (Sommersemester oder Wintersemester) bezogene Vergabe von Studienplätzen.

(2) Nach der Zulassung der nach § 5 Satz 1 Benannten trifft die Zentralstelle die Auswahl in der Abiturbestenquote nach § 11 und lässt die ausgewählten Bewerber nach § 20 zu.

(3) Danach vergibt die Zentralstelle die Studienplätze der Quoten nach § 6 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 5. An der Vergabe der Studienplätze dieser Quoten wird nicht beteiligt, wer in der Abiturbestenquote zugelassen worden ist. Wer in einer oder mehreren dieser Quoten zu berücksichtigen ist, wird auf allen entsprechenden Ranglisten geführt. Bei der Auswahl werden die Ranglisten in folgender Reihenfolge berücksichtigt:

1. Auswahl nach einem Dienst aufgrund früheren Zulassungsanspruchs nach § 20, sofern die frühere Zulassung weder in der Abiturbestenquote noch im Auswahlverfahren der Hochschulen erfolgt ist,

2. Auswahl der Bewerber mit besonderer Hochschulzugangsberechtigung nach § 16 und Auswahl für ein Zweitstudium nach § 17,
3. Auswahl nach Wartezeit nach § 14,
4. Auswahl nach Härtegesichtspunkten nach § 15.

Die ausgewählten Bewerber lässt die Zentralstelle nach § 22 zu. Bei der Auswahl und Verteilung kann die Zentralstelle durch Überbuchung der Zulassungszahlen berücksichtigen, dass Studienplätze voraussichtlich nicht angenommen werden.

(4) Wer an der Vergabe der Studienplätze nach Absätzen 2 oder 3 beteiligt, aber nicht zugelassen worden ist, erhält von der Zentralstelle einen Ablehnungsbescheid.

§ 8

Zulassungsbescheid

Im Zulassungsbescheid teilt die Zentralstelle mit, bis wann sich der Zugelassene bei der im Zulassungsbescheid genannten Hochschule einzuschreiben hat. Ist die Einschreibung bis zu diesem Termin nicht beantragt worden oder lehnt die Hochschule eine Einschreibung ab, weil sonstige Einschreibevoraussetzungen nicht vorliegen, wird der Zulassungsbescheid unwirksam. Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend, wenn der Zulassungsbescheid von der Hochschule erlassen wird.

§ 9

Abschluss des zentralen Vergabeverfahrens

Mit der Vergabe der Studienplätze nach § 7 Abs. 3 ist das zentrale Vergabeverfahren abgeschlossen. Studienplätze in den von der Zentralstelle vergebenen Quoten, die nach Abschluss des zentralen Vergabeverfahrens noch verfügbar sind oder wieder verfügbar werden, werden im Auswahlverfahren der Hochschulen vergeben.

§ 10

Auswahlverfahren der Hochschulen

(1) Das Auswahlverfahren der Hochschulen wird nach § 19 von den Hochschulen des Landes durchgeführt. Die Hochschulen sind in diesem Verfahren nicht verpflichtet, den Sachverhalt von Amts wegen zu ermitteln.

(2) Am Auswahlverfahren der Hochschulen wird nicht beteiligt, wer

1. unter die Quoten nach § 6 Abs. 1 Satz 1 oder Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 und 3 fällt oder
2. im Zulassungsantrag keinen gültigen Studienortwunsch für dieses Verfahren genannt hat oder
3. nach § 7 Abs. 2 oder Abs. 3 Satz 5 von der Zentralstelle zugelassen worden ist.

Liegen die Voraussetzungen nach Satz 1 Nr. 2 vor, erlässt die Zentralstelle für das Auswahlverfahren der Hochschulen im eigenen Namen einen Ausschlussbescheid.

(3) Die Zentralstelle teilt den Hochschulen für das Sommersemester bis zum 10. Februar, für das Wintersemester bis zum 10. August mit, welche Bewerber an ihren Auswahlverfahren zu beteiligen sind, und übermittelt dabei studiengangweise folgende Angaben:

1. Namen und Anschrift sowie Tag und Ort der Geburt,
2. die Ortspräferenz für die jeweilige Hochschule,

3. die nach § 11 Abs. 3 bis 5 ermittelte Durchschnittsnote,
4. die nach § 14 ermittelte Wartezeit und
5. die Erfüllung der Voraussetzungen für eine erneute Zulassung nach § 20 Abs. 2 Satz 2.

(4) Die Hochschulen teilen der Zentralstelle für das Sommersemester bis zum 18. März, für das Wintersemester bis zum 18. September ihre Verfahrensergebnisse in Form von Ranglisten mit. Wer danach von mehr als einer Hochschule zugelassen werden soll, wird von der Zentralstelle darüber unterrichtet und erhält für das Sommersemester bis zum 25. März, für das Wintersemester bis zum 25. September (Ausschlussfristen) Gelegenheit, sich durch schriftliche Erklärung gegenüber der Zentralstelle für eine dieser Hochschulen verbindlich zu entscheiden. Wird keine Erklärung nach Satz 2 abgegeben, wird die Zulassung durch die jeweils in höchster Präferenz genannte Hochschule wirksam. Führt das Verfahren nach den Sätzen 2 und 3 dazu, dass Bewerber, die von mehr als einer Hochschule zugelassen werden sollen, auf frei gewordene Plätze aufrücken, gilt Satz 3 entsprechend.

(5) Die Zentralstelle übermittelt den Hochschulen für das Sommersemester bis zum 30. März, für das Wintersemester bis zum 30. September die nach Absatz 4 Satz 2 bis 4 bereinigten Ranglisten. Die Hochschulen erteilen nach Maßgabe dieser Ranglisten die Zulassungs- und Ablehnungsbescheide. Sie können dabei durch Überbuchung der Zulassungszahlen berücksichtigen, dass Studienplätze voraussichtlich nicht besetzt werden. Hochschulen können die Zentralstelle damit beauftragen, Zulassungs- sowie Ablehnungsbescheide zu erstellen und im Namen und Auftrag der Hochschule zu versenden.

(6) Die Hochschulen teilen der Zentralstelle für das Sommersemester bis zum 9. April, für das Wintersemester bis zum 10. Oktober ihre Einschreibeergebnisse mit. Sind danach Studienplätze noch verfügbar oder werden Studienplätze wieder verfügbar, schreibt die Zentralstelle die Ranglisten nach Maßgabe des Absatzes 4 Satz 4 fort und übermittelt sie jeweils für das Sommersemester bis zum 13. April, für das Wintersemester bis zum 14. Oktober an die Hochschulen. Die Hochschulen führen auf dieser Grundlage ein Nachrückverfahren durch; dabei werden keine Ablehnungsbescheide erteilt. Absatz 5 Satz 4 gilt entsprechend.

(7) Nach Abschluss des Nachrückverfahrens werden Studienplätze, die noch verfügbar sind oder wieder verfügbar werden, von der Hochschule durch das Los an Bewerber vergeben, die für das Sommersemester frühestens am 15. März, spätestens am 15. April und für das Wintersemester frühestens am 15. September, spätestens am 15. Oktober bei der Hochschule schriftlich die Zulassung beantragt haben. Die Hochschule kann für die Antragstellung von Satz 1 abweichende Fristen bestimmen, die in geeigneter Weise bekannt zu geben sind.

Vierter Abschnitt

Quoten und Auswahlkriterien des zentralen Vergabeverfahrens

§ 11

Auswahl in der Abiturbestenquote

(1) An der Vergabe der Studienplätze in der Abiturbestenquote wird nicht beteiligt, wer

1. im Zulassungsantrag keinen gültigen Studienortwunsch für diese Quote genannt hat oder
2. unter die Quoten nach § 6 Abs. 1 oder Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 oder 3 fällt.

(2) Für die Besetzung der Studienplätze in der Abiturbestenquote werden so viele Bewerber ausgewählt, wie insgesamt in dieser Quote Studienplätze zu vergeben sind. Die Auswahl erfolgt nach den Absätzen 3 bis 5; dabei werden die §§ 12 und 13 angewendet.

(3) Die Rangfolge wird durch die nach Anlage 2 ermittelte Durchschnittsnote bestimmt. Eine Gesamtnote gilt als Durchschnittsnote nach Satz 1.

(4) Wer keine Durchschnittsnote nachweist, wird nach dem letzten Bewerber mit feststellbarer Durchschnittsnote eingeordnet.

(5) Wer nachweist, aus in der eigenen Person liegenden, nicht selbst zu vertretenden Gründen daran gehindert gewesen zu sein, eine bessere Durchschnittsnote zu erreichen, wird auf Antrag mit der besseren Durchschnittsnote berücksichtigt.

§ 12 Landesquoten

(1) Für die Auswahl in der Abiturbestenquote bildet die Zentrale Landesquoten, sofern in dem jeweiligen Studiengang mehr als 15 Studienplätze zur Verfügung stehen.

(2) Die Quote eines Landes bemisst sich zu einem Drittel nach seinem Anteil an der Gesamtzahl der Bewerber für den betreffenden Studiengang (Bewerberanteil) und zu zwei Dritteln nach seinem Anteil an der Gesamtzahl der Achtzehn- bis unter Einundzwanzigjährigen (Bevölkerungsanteil). Die sich danach für die Länder Berlin, Bremen und Hamburg ergebenden Quoten werden um 30 v. H. erhöht. Die auf die so ermittelten Landesquoten entfallenden Studienplätze werden in der Weise errechnet, dass zunächst jeder Landesquote ein Studienplatz zugeteilt wird und die verbleibenden Studienplätze nach dem d'Hondtschen Höchstzahlverfahren ermittelt werden.

(3) Bei der Berechnung des Bewerberanteils eines Landes wird nur berücksichtigt, wer

1. für diesen Studiengang zu dem Personenkreis gehört, der an der Auswahl in der Abiturbestenquote zu beteiligen ist, und
2. eine nach den Beschlüssen der Kultusministerkonferenz bei der Berechnung des Bewerberanteils eines Landes zu berücksichtigende Hochschulzugangsberechtigung in dem betreffenden Land erworben hat.

(4) Für die Berechnung des Bevölkerungsanteils ist die Fortschreibung über die deutsche Wohnbevölkerung maßgeblich, die zuletzt vor dem Bewerbungsschluss des jeweiligen Vergabeverfahrens vom Statistischen Bundesamt veröffentlicht wurde.

§ 13 Zurechnung zu den Landesquoten

(1) Soweit Landesquoten gebildet werden, wird die Auswahl für jede Landesquote getrennt unter den Bewerbern vorgenommen, die der jeweiligen Landesquote zuzurechnen sind.

(2) Im Falle einer im Inland erworbenen deutschen Hochschulzugangsberechtigung bestimmt der Ort des Erwerbs die Zurechnung zu den Landesquoten. Wer keiner Landesquote zugerechnet werden kann, wird entsprechend den Bevölkerungsanteilen durch das Los einer Landesquote zugeordnet.

(3) Kann das Studienplatzkontingent einer Landesquote aus Mangel an Bewerbungen nicht ausgeschöpft werden, werden die Studienplätze in entsprechender Anwendung des § 12 Abs. 2 auf die übrigen Landesquoten verteilt.

§ 14 Auswahl nach Wartezeit

(1) Die Rangfolge wird durch die Zahl der seit dem Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung verstrichenen Halbjahre bestimmt. Es zählen nur volle Halbjahre vom Zeitpunkt des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung bis zum Beginn des Semesters, für das die Zulassung beantragt wird. Halbjahre sind die Zeit vom 1. April bis zum 30. September eines Jahres (Sommersemester) und die Zeit vom 1. Oktober eines Jahres bis zum 31. März des folgenden Jahres (Wintersemester).

(2) Wird der Zeitpunkt des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung nicht nachgewiesen, wird die Zahl der Halbjahre seit dem Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung nicht berücksichtigt.

(3) Wer nachweist, aus in der eigenen Person liegenden, nicht selbst zu vertretenden Gründen daran gehindert gewesen zu sein, die Hochschulzugangsberechtigung zu einem früheren Zeitpunkt zu erwerben, wird auf Antrag bei der Ermittlung der Wartezeit mit dem früheren Zeitpunkt des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung berücksichtigt.

(4) Ist vor dem Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung ein berufsqualifizierender Abschluss außerhalb der Hochschule erlangt und die Hochschulzugangsberechtigung vor dem 16. Juli 2007 erworben worden, wird die Zahl der Halbjahre um eins für je sechs Monate Berufsausbildung, höchstens jedoch um zwei Halbjahre erhöht. Ist im Falle des Satzes 1 die Hochschulzugangsberechtigung vor dem 16. Januar 2002 erworben worden, wird die Zahl der Halbjahre um bis zu vier erhöht. Dies gilt entsprechend, wenn die Ableistung eines Dienstes einen Bewerber daran gehindert hat, vor dem Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung einen berufsqualifizierenden Abschluss außerhalb der Hochschule zu erlangen, sofern der berufsqualifizierende Abschluss zu einer Erhöhung der Zahl der Halbjahre nach den Sätzen 1 oder 2 geführt hätte.

(5) Ein berufsqualifizierender Abschluss nach Absatz 4 liegt vor bei

1. Ausbildungsberufen, die in dem Verzeichnis der anerkannten Ausbildungsberufe nach § 6 Abs. 2 Nr. 4 des Berufsbildungsförderungsgesetzes in der Fassung vom 12. Januar 1994 (BGBl. I S. 78) in der jeweils geltenden Fassung enthalten sind,
2. einer Berufsausbildung an einer staatlichen oder staatlich anerkannten Berufsfachschule oder Fachschule,
3. einer abgeschlossenen Ausbildung im einfachen oder mittleren Dienst der öffentlichen Verwaltung,
4. einer abgeschlossenen Berufsausbildung, die nach Artikel 37 Abs. 1 oder 3 des Einigungsvertrages einer Berufsausbildung nach den Nummern 1 bis 3 gleichzustellen ist.

Ein berufsqualifizierender Abschluss nach Absatz 4 Satz 1 mit zweijähriger Ausbildungsdauer gilt als nachgewiesen, wenn die Hochschulzugangsberechtigung an einem Abendgymnasium oder an einem Kolleg erworben worden ist.

(6) Von der Gesamtzahl der Halbjahre wird die Zahl der Halbjahre abgezogen, in denen der Bewerber an einer deutschen Hochschule als Student eingeschrieben war.

(7) Es werden höchstens 16 Halbjahre berücksichtigt.

§ 15

Auswahl nach Härtegesichtspunkten

Die Studienplätze der Härtequote werden auf Antrag an Bewerber vergeben, für die es eine außergewöhnliche Härte bedeuten würde, wenn sie für den genannten Studiengang keine Zulassung erhielten. Eine außergewöhnliche Härte liegt vor, wenn in der eigenen Person liegende besondere soziale oder familiäre Gründe die sofortige Aufnahme des Studiums oder einen sofortigen Studienortwechsel zwingend erfordern. Die Rangfolge wird durch den Grad der außergewöhnlichen Härte bestimmt.

§ 16

Auswahl der Bewerber mit besonderer Hochschulzugangsberechtigung

(1) Ist die Hochschulzugangsberechtigung in einem anderen noch nicht abgeschlossenen Studiengang erworben worden (besondere Hochschulzugangsberechtigung), ist eine Auswahl im Rahmen der Quoten nach § 6 Abs. 3 bis 5 ausgeschlossen. Die Rangfolge wird durch die Durchschnittsnote der Hochschulzugangsberechtigung bestimmt.

(2) Weist die Hochschulzugangsberechtigung keine auf eine Stelle nach dem Komma bestimmte Durchschnittsnote im Rahmen eines sechsstufigen Notensystems aus, ist diese durch eine besondere Bescheinigung der Einrichtung nachzuweisen, an der die Hochschulzugangsberechtigung erworben wurde.

3) Wer keine Durchschnittsnote nachweist, wird hinter den letzten Bewerber mit feststellbarer Durchschnittsnote eingeordnet.

§ 17

Auswahl für ein Zweitstudium

(1) Wer bereits ein Studium in einem anderen Studiengang an einer deutschen Hochschule abgeschlossen hat (Bewerber für ein Zweitstudium), kann nicht im Rahmen der Quoten nach § 6 Abs. 3 bis 5 ausgewählt werden.

(2) Die Rangfolge wird durch eine Messzahl bestimmt, die aus dem Ergebnis der Abschlussprüfung des Erststudiums und dem Grad der Bedeutung der Gründe für das Zweitstudium ermittelt wird. Die Einzelheiten zur Ermittlung der Messzahl ergeben sich aus Anlage 3.

(3) Soweit ein Zweitstudium aus wissenschaftlichen Gründen angestrebt wird, erfolgt die Auswahl auf der Grundlage der Feststellungen der im Zulassungsantrag an erster Stelle genannten Hochschule.

§ 18

Nachrangige Auswahlkriterien

(1) Besteht bei der Auswahl in der Abiturbestenquote Ranggleichheit, bestimmt sich die Rangfolge nach den Bestimmungen über die Auswahl nach Wartezeit. Besteht bei der Auswahl nach Wartezeit Ranggleichheit, bestimmt sich die Rangfolge durch die nach § 11 Abs. 3 bis 5 ermittelte Durchschnittsnote.

(2) Besteht danach noch Ranggleichheit oder besteht bei der Auswahl in den übrigen Quoten Ranggleichheit, wird vorrangig ausgewählt, wer zu dem Personenkreis nach § 20 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 gehört und durch eine Bescheinigung glaubhaft macht, dass der Dienst in vollem Umfang abgeleistet ist oder bei einer Bewerbung für das Sommersemester bis zum 30. April und bei einer Bewerbung für das Wintersemester bis zum 31. Oktober in vollem Umfang abgeleistet sein wird, oder glaubhaft macht, dass bis zu den genannten Zeitpunkten mindestens neun Monate Dienst nach § 20 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 ausgeübt sein werden. Im Übrigen entscheidet bei Ranggleichheit das Los.

§ 19

Hochschulauswahlverfahren

(1) Das von den Hochschulen durchzuführende Auswahlverfahren für die Vergabe der Studienplätze wird anhand folgender Merkmale durchgeführt:

1. Grad der Qualifikation der Hochschulzugangsberechtigung,
2. in der Hochschulzugangsberechtigung ausgewiesene Leistungen in studiengangspezifischen Fächern,
3. studiengangspezifische Berufsausbildung oder praktische Tätigkeit,
4. Motivations- oder Leistungserhebungen in schriftlicher Form zu studiengangbezogenen Fähigkeiten und Fertigkeiten,
5. fachspezifische Zusatzqualifikationen und außerschulische Leistungen, die über die Eignung für den betreffenden Studiengang besonderen Aufschluss geben können,
6. Ergebnis eines Auswahlgesprächs, in dem Motivation und Eignung für das gewählte Studium und für den angestrebten Beruf festgestellt werden; über das Auswahlgespräch ist eine Niederschrift zu fertigen.

Im Rahmen des durchzuführenden Auswahlverfahrens ist der Grad der Qualifikation der Hochschulzugangsberechtigung maßgeblich zu berücksichtigen. Neben dem in Satz 1 Nr. 1 genannten Merkmal sind mindestens zwei weitere der in Satz 1 Nr. 2 bis 6 genannten Merkmale miteinander zu kombinieren.

(2) Die Zahl der Teilnehmer am Auswahlverfahren kann bis auf das Zweifache der Zahl der hiernach zu vergebenden Studienplätze begrenzt werden. In diesem Fall entscheidet die Hochschule über die Teilnahme nach einem der in Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 bis 5 genannten Kriterien, nach dem Grad der Ortspräferenz oder nach einer Verbindung dieser Kriterien.

(3) Die Vorbereitung und die Durchführung des Hochschulauswahlverfahrens einschließlich des Auswahlgesprächs obliegen einem an der jeweiligen Hochschule zu bildenden Ausschuss. Die Entscheidung über die Auswahl der Bewerber trifft die Hochschulleitung auf der Grundlage des vom Ausschuss festgestellten Ergebnisses des Auswahlverfahrens. Einzelheiten des Auswahlverfahrens, insbesondere Form und Frist für die Antragstellung, die Kombination und die Gewichtung der Merkmale, Wie-

derholungsmöglichkeiten sowie die Zusammensetzung des Ausschusses regelt die Hochschule durch Satzung.

Fünfter Abschnitt

Auswahl nach einem Dienst aufgrund früherer Zulassung

§ 20

Auswahl nach einem Dienst aufgrund früherer Zulassungsanspruchs

(1) Bewerber, die

1. eine Dienstpflicht nach Artikel 12a des Grundgesetzes erfüllt oder eine solche Dienstpflicht oder entsprechende Dienstleistungen auf Zeit übernommen haben bis zur Dauer von drei Jahren,
2. mindestens zwei Jahre Entwicklungsdienst nach dem Entwicklungshelfer-Gesetz vom 18. Juni 1969 (BGBl. I S. 549 in der jeweils geltenden Fassung) geleistet haben,
3. ein freiwilliges soziales Jahr nach dem Gesetz zur Förderung eines freiwilligen sozialen Jahres in der Fassung vom 15. Juli 2002 (BGBl. I S. 2596) in der jeweils geltenden Fassung oder ein freiwilliges ökologisches Jahr nach dem Gesetz zur Förderung eines freiwilligen ökologischen Jahres in der Fassung vom 15. Juli 2002 (BGBl. I S. 2600) in der jeweils geltenden Fassung oder im Rahmen eines von der Bundesregierung geförderten Modellprojekts geleistet haben,
4. ein Kind unter 18 Jahren oder eine pflegebedürftige Person aus dem Kreis der sonstigen Angehörigen bis zur Dauer von drei Jahren betreut oder gepflegt haben,

(Dienst) werden in dem genannten Studiengang aufgrund früheren Zulassungsanspruchs ausgewählt, wenn sie zu Beginn oder während eines Dienstes für diesen Studiengang zugelassen worden sind oder wenn zu Beginn oder während eines Dienstes für diesen Studiengang nicht an allen Hochschulen Zulassungszahlen festgesetzt waren. Der von einem nach § 2 Satz 2 Deutschen gleichgestellten ausländischen Staatsangehörigen oder Staatenlosen geleistete Dienst steht einem Dienst nach Satz 1 gleich, wenn er diesem gleichwertig ist.

(2) Ist die frühere Zulassung in der Abiturbestenquote erfolgt, lässt die Zentralstelle vorab den Bewerber in dieser Quote an demselben Studienort erneut zu. Ist die frühere Zulassung im Auswahlverfahren einer Hochschule erfolgt, lässt diese Hochschule in ihrem Auswahlverfahren den Bewerber vorab erneut zu. Ist die frühere Zulassung in einer sonstigen, von der Zentralstelle vergebenen Quote erfolgt oder beruht der Zulassungsanspruch nicht auf einer tatsächlich erfolgten Zulassung, wählt die Zentralstelle den Bewerber vor der Vergabe der Studienplätze in den sonstigen Quoten aus. Die erneute Zulassung nach den Sätzen 1 und 2 setzt voraus, dass der Studienort der früheren Zulassung für die entsprechende Quote an erster Stelle genannt worden ist.

(3) Die Auswahl nach Absatz 1 Satz 1 muss spätestens zum zweiten Vergabeverfahren beantragt werden, das nach Beendigung des Dienstes durchgeführt wird. Ist der Dienst noch nicht beendet, ist durch Bescheinigung glaubhaft zu machen, dass der Dienst bei einer Bewerbung für das Sommersemester bis zum 30. April oder bei einer Bewerbung für das Wintersemester bis zum 31. Oktober beendet sein wird.

(4) Wird die Festlegung einer Rangfolge zwischen den nach einem Dienst aufgrund früheren Zulassungsanspruchs Auszuwählenden erforderlich, entscheidet das Los.

(5) Wer aufgrund einer gerichtlichen Entscheidung zuzulassen ist, die sich auf ein bereits abgeschlossenes Vergabeverfahren bezieht, ist wie ein vorweg nach einem Dienst aufgrund früheren Zulassungsanspruchs Auszuwählender zu behandeln.

Sechster Abschnitt

Verteilung auf die Studienorte

§ 21

Verteilung der in der Abiturbestenquote Ausgewählten auf die Studienorte

Die Zulassung richtet sich vorrangig nach den im Zulassungsantrag nach § 3 Abs. 3 Satz 2 geäußerten Studienortwünschen. Können an einem Studienort nicht alle Bewerber zugelassen werden, die diesen Studienort an gleicher Stelle genannt haben, entscheidet über die Zulassung die nach § 11 Abs. 3 bis 5 ermittelte Durchschnittsnote. Besteht bei der Zulassung nach Satz 2 Rangleichheit, entscheidet die Rangfolge nach § 22 Abs. 1 Satz 2. Im Übrigen entscheidet bei Rangleichheit das Los. Wer an keinen für diese Quote genannten Studienort verteilt werden kann, wird nicht zugelassen.

§ 22

Verteilung der nach § 7 Abs. 3 Ausgewählten auf die Studienorte

(1) Die Zulassung richtet sich vorrangig nach den im Zulassungsantrag nach § 3 Abs. 3 Satz 3 geäußerten Studienortwünschen. Können an einem Studienort nicht alle Bewerber zugelassen werden, die diesen Studienort an gleicher Stelle genannt haben, entscheidet die nachstehende Rangfolge:

1. amtlich festgestellte Eigenschaft als schwerbehinderter Mensch nach Teil 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch,
2. einzige Wohnung oder Hauptwohnung mit dem Ehegatten oder den Kindern in den dem Studienort zugeordneten Kreisen und kreisfreien Städten,
3. Anerkennung des ersten Studienortwunsches nach Absatz 3,
4. einzige Wohnung oder Hauptwohnung bei den Eltern in den dem Studienort zugeordneten Kreisen und kreisfreien Städten,
5. keiner der vorgenannten Gründe.

Die Zuordnung von Kreisen und kreisfreien Städten zu den einzelnen Studienorten ergibt sich aus Anlage 4.

(2) Besteht bei der Zulassung nach Absatz 1 Satz 2 Rangleichheit, entscheidet die nach § 11 Abs. 3 bis 5 ermittelte Durchschnittsnote; bei der Zulassung für ein Zweitstudium gilt das Ergebnis der Abschlussprüfung des Erststudiums als Grad der Qualifikation. Im Übrigen entscheidet bei Rangleichheit das Los.

(3) Für den im Zulassungsantrag an erster Stelle genannten Studienort kann ein Antrag auf bevorzugte Berücksichtigung gestellt werden. Dem Antrag soll nur stattgegeben werden, wenn die Zulassung an einem anderen Studienort unter Anlegung eines strengen Maßstabs mit erheblichen Nachteilen verbunden wäre. Hierbei kommen insbesondere eigene gesundheitliche,

familiäre oder wirtschaftliche Umstände sowie wissenschaftliche Gründe in Betracht.

Siebter Abschnitt Vergabe von Teilstudienplätzen

§ 23 Teilstudienplätze

(1) Studienplätze, bei denen die Zulassung auf den ersten Teil eines Studiengangs beschränkt ist, weil das Weiterstudium an einer deutschen Hochschule nicht gewährleistet ist (Teilstudienplätze), werden getrennt von den übrigen Studienplätzen von der Zentralstelle vergeben.

(2) Die festgesetzte Zahl an Teilstudienplätzen, vermindert um die Zahl der nach einem Dienst aufgrund früheren Zulassungsanspruchs Auszuwählenden, wird für das Sommersemester am 15. April und für das Wintersemester am 15. Oktober durch das Los an die Bewerber vergeben, die bis dahin nicht zugelassen sind. Die §§ 1 bis 4, 8, 20 und 22 gelten entsprechend; die Zulassung für einen Teilstudienplatz wird nicht nach § 4 Abs. 3 Satz 1 berücksichtigt.

Achter Abschnitt Ausländerzulassung

§ 24 Ausländerzulassung durch die Hochschulen

(1) Ausländische Staatsangehörige oder Staatenlose, die nicht nach § 2 Satz 2 Deutschen gleichgestellt sind, werden von den Hochschulen im Rahmen der Quote nach § 6 Abs. 1 Nr. 1 zugelassen. Ihre Zulassungsanträge sind an die Hochschulen zu richten und müssen dort innerhalb der Ausschlussfristen des § 3 Abs. 2 eingegangen sein. § 3 Abs. 6 gilt entsprechend.

(2) Die Auswahl erfolgt in erster Linie nach dem Grad der Qualifikation. Daneben können besondere Umstände berücksichtigt werden, die für eine Zulassung sprechen. Als ein solcher Umstand ist insbesondere anzusehen, wenn der Bewerber

1. von einer deutschen Einrichtung zur Begabtenförderung ein Stipendium erhält,
2. aufgrund besonderer Bestimmungen mit der Aufnahme in ein Studienkolleg oder eine vergleichbare Einrichtung für die Zuteilung eines Studienplatzes in dem im Zulassungsantrag genannten Studiengang vermerkt ist,
3. in der Bundesrepublik Deutschland Asylrecht genießt,
4. aus einem Entwicklungsland oder einem Land kommt, in dem es keine Ausbildungsstätten für den betreffenden Studiengang gibt,
5. einer deutschsprachigen Minderheit im Ausland angehört.

(3) Die Auswahl nach Absatz 2 treffen die Hochschulen nach pflichtgemäßem Ermessen; zwischenstaatliche Vereinbarungen und Vereinbarungen zwischen Hochschulen sind zu berücksichtigen.

Neunter Abschnitt Schlussbestimmungen

§ 25 Gleichstellungsbestimmung

Status- und Funktionsbezeichnungen in dieser Verordnung gelten jeweils in männlicher und weiblicher Form.

§ 26 In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten

(1) Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft und mit Ablauf des 31. März 2010 außer Kraft. Sie gilt erstmals für das Vergabeverfahren zum Wintersemester 2005/2006.

(2) Gleichzeitig mit dem In-Kraft-Treten der Verordnung nach Absatz 1 Satz 1 tritt die Thüringer Vergabeverordnung ZVS vom 19. Juni 2000 (GVBl. S. 161), zuletzt geändert durch Verordnung vom 13. Dezember 2004 (GVBl. S. 898), außer Kraft.

Erfurt, den 10. März 2005

Der Kultusminister

Goebel

Anlage 1
(zu § 1 Satz 2)

In das Verfahren der Zentralstelle einbezogene Studiengänge

Studiengänge ohne Fachhochschulstudiengänge mit dem Abschluss Diplom oder Staatsexamen (ohne Lehrämter):

Biologie
Medizin
Pharmazie
Psychologie
Zahnmedizin

Anlage 2

(zu § 11 Abs. 3 Satz 1)

Ermittlung der Durchschnittsnote

- (1) Bei Hochschulzugangsberechtigungen auf der Grundlage der
1. Vereinbarung über die gegenseitige Anerkennung von Zeugnissen der allgemeinen Hochschulreife, die an Gymnasien mit neugestalteter Oberstufe erworben wurden nach dem Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 7. Mai 1971 in der Fassung vom 8. November 1972 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 191.1),
 2. Vereinbarung zur Gestaltung der gymnasialen Oberstufe in der Sekundarstufe II nach dem Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 7. Juli 1972 in der Fassung vom 16. Juni 2000 - Anlagen nach dem Stand der Fortschreibung vom 23. April 2004 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 176),
 3. Vereinbarung über die Abiturprüfung für Nichtschülerinnen und Nichtschüler entsprechend der Gestaltung der gymnasialen Oberstufe in der Sekundarstufe II nach dem Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 13. September 1974 in der Fassung vom 24. Oktober 1997 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 192.2),
 4. Vereinbarung über die Durchführung der Abiturprüfung für Schülerinnen und Schüler an Waldorfschulen nach dem Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 21. Februar 1980 in der Fassung vom 14. Dezember 2001 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 485.2),
 5. Vereinbarung zur Gestaltung der Abendgymnasien nach dem Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 21. Juni 1979 in der Fassung vom 16. Juni 2000 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 240.2),
 6. Vereinbarung zur Gestaltung der Kollegs nach dem Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 21. Juni 1979 in der Fassung vom 16. Juni 2000 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 248.1),

die eine auf eine Stelle nach dem Komma bestimmte Durchschnittsnote enthalten, wird diese von der Zentralstelle bei der Rangplatzbestimmung zugrunde gelegt. Enthält die Hochschulzugangsberechtigung keine Durchschnittsnote nach Satz 1, aber eine Punktzahl der Gesamtqualifikation, wird von der Zentralstelle nach Anlage 2 der Vereinbarung über die Abiturprüfung der gymnasialen Oberstufe in der Sekundarstufe II nach dem Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 13. Dezember 1973 in der Fassung vom 16. Juni 2000 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 192) die Durchschnittsnote aus der Punktzahl der Gesamtqualifikation errechnet. Die Durchschnittsnote wird auf eine Stelle nach dem Komma errechnet; es wird nicht gerundet.

(2) Bei Hochschulzugangsberechtigungen auf der Grundlage der Vereinbarung über die gegenseitige Anerkennung der an Gymnasien erworbenen Zeugnisse der allgemeinen Hochschulreife nach dem Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 20. März 1969 - in der Fassung vom 20. Juni 1972 - und vom 13. Dezember 1973 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 191) wird die allgemeine Durchschnittsnote aus dem arithmetischen Mittel der Noten der Hochschulzugangsberechtigung einschließlich der Noten für die im 11. und 12. Schuljahr abgeschlossenen Fächer wie folgt gebildet:

1. weist die Hochschulzugangsberechtigung eine Note für das Fach Gemeinschaftskunde aus, werden die Noten für die

Fächer Geschichte, Erdkunde, Sozialkunde und Philosophie sowie für sonstige Fächer, die in der Hochschulzugangsberechtigung als zu dem Fach Gemeinschaftskunde gehörig ausgewiesen sind, nicht gewertet;

2. weist die Hochschulzugangsberechtigung keine Note für das Fach Gemeinschaftskunde aus, ist diese aus dem arithmetischen Mittel der Noten für die Fächer Geschichte, Erdkunde, Sozialkunde und Philosophie oder für die Fächer, die in der Hochschulzugangsberechtigung als zu dem Fach Gemeinschaftskunde gehörig ausgewiesen sind, zu bilden;
3. ist in der Hochschulzugangsberechtigung eine Note für das Fach Geschichte mit Gemeinschaftskunde ausgewiesen, gilt diese Note als Note für das Fach Geschichte und als Note für das Fach Sozialkunde;
4. bei der Bildung der Note für das Fach Gemeinschaftskunde wird gerundet;
5. ist in der Hochschulzugangsberechtigung neben den Noten für die Fächer Biologie, Chemie und Physik eine Gesamtnote für den naturwissenschaftlichen Bereich ausgewiesen, bleibt diese bei der Errechnung der Durchschnittsnote außer Betracht;
6. Noten für die Fächer Religionslehre, Ethik, Kunsterziehung, Musik und Sport bleiben außer Betracht, es sei denn, dass die Zulassung zu einem entsprechenden Studiengang beantragt wird;
7. Noten für die Fächer Kunsterziehung, Musik und Sport werden gewertet, soweit sie Kernpflichtfächer waren;
8. Noten für zusätzliche Unterrichtsveranstaltungen und für Arbeitsgemeinschaften bleiben unberücksichtigt;
9. die Durchschnittsnote wird auf eine Stelle nach dem Komma errechnet; es wird nicht gerundet.

Die allgemeine Durchschnittsnote wird von der Schule, die besonderen Durchschnittsnoten für bestimmte Studiengänge nach Satz 1 Nr. 6 werden auf Antrag von der Schule in der Hochschulzugangsberechtigung oder einer besonderen Bescheinigung ausgewiesen. Für Hochschulzugangsberechtigungen, die vor dem 1. April 1975 erworben wurden, ermittelt die Zentralstelle die Durchschnittsnoten, soweit sie nicht von der Schule ausgewiesen sind.

- (3) Bei Hochschulzugangsberechtigungen auf der Grundlage
1. der Vereinbarung über Abendgymnasien nach dem Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 3. Oktober 1957 in der Fassung vom 8. Oktober 1970 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 240),
 2. des Beschlusses der Kultusministerkonferenz vom 8. Juli 1965 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 248) über die Institute zur Erlangung der Hochschulreife (Kollegs)

wird die Durchschnittsnote aus dem arithmetischen Mittel der Noten der Hochschulzugangsberechtigung mit Ausnahme der Noten für die Fächer, die in der Hochschulzugangsberechtigung oder einer besonderen Bescheinigung als vorzeitig abgeschlossen ausgewiesen sind, gebildet. Absatz 2 Satz 1 Nr. 1 bis 6 und 9 findet Anwendung. Ist die Durchschnittsnote nicht von der Schule ausgewiesen, wird sie von der Zentralstelle nach Satz 1 und 2 errechnet.

- (4) Bei Hochschulzugangsberechtigungen auf der Grundlage der
1. Vereinbarung über die befristete gegenseitige Anerkennung von Zeugnissen der fachgebundenen Hochschulreife, die an zurzeit bestehenden Schulen, Schulformen beziehungsweise -typen erworben worden sind nach dem Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 25. November 1976 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 226.2) und vom 16. Februar 1978 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 226.2.1),
 2. Sondervereinbarung über die gegenseitige Anerkennung der Zeugnisse von besonderen gymnasialen Schulformen, die zu einer allgemeinen Hochschulreife führen nach dem Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 25. November 1976 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 226.1),
 3. Rahmenvereinbarung über die Berufsoberschule nach dem Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 25. November 1976 in der Fassung vom 16. Juni 2000 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 470)

finden die Absätze 1 bis 3 entsprechende Anwendung. Dabei ist bei der Bildung der Note für das Fach Gemeinschaftskunde nach Absatz 2 Satz 1 Nr. 2 eine im Zeugnis ausgewiesene Note für das Fach Wirtschaftsgeographie beziehungsweise Geographie mit Wirtschaftsgeographie einzubeziehen.

(5) Bei Hochschulzugangsberechtigungen, die auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990 an einer in eine Hochschule übergeleiteten Bildungseinrichtung erworben wurden, ist eine Durchschnittsnote von der Hochschule in dem Zeugnis oder einer besonderen Bescheinigung auszuweisen. Die Durchschnittsnote wird auf eine Stelle nach dem Komma errechnet; es wird nicht gerundet.

(6) Bei sonstigen Hochschulzugangsberechtigungen, die auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990 erworben wurden und eine Durchschnittsnote enthalten, die auf eine Stelle nach dem Komma bestimmt ist, wird diese von der Zentralstelle bei der Rangplatzbestimmung zugrunde gelegt.

(7) Bei sonstigen Hochschulzugangsberechtigungen, die auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990 erworben wurden und nur Einzelnoten im Rahmen eines sechsstufigen Notensystems enthalten, wird von der Zentralstelle eine Durchschnittsnote unter entsprechender Anwendung des Absatzes 2 Satz 1 Nr. 1 bis 6 und 9 aus dem arithmetischen Mittel der Noten gebildet; Noten für gegebenenfalls im 11. und 12. Schuljahr abgeschlossene Fächer sowie Noten für zusätzliche Unterrichtsveranstaltungen und für Arbeitsgemeinschaften bleiben unberücksichtigt.

(8) Bei sonstigen Hochschulzugangsberechtigungen, die auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990 erworben wurden und weder eine Durchschnittsnote, die auf eine Stelle nach dem Komma bestimmt ist, noch Einzelnoten im Rahmen eines sechsstufigen Notensystems enthalten, ist eine Durchschnittsnote durch eine besondere Bescheinigung nachzuweisen, die von der für die Abnahme der entsprechenden Prüfung zuständigen Stelle oder von der obersten Landesbehörde auszustellen ist, unter deren Aufsicht diese Prüfung durchgeführt worden ist. Bei der Bestimmung der Durchschnittsnote sind einzelne Prüfungsleistungen, die der Hochschulzugangsberechtigung zugrunde liegen, zur Beurteilung heranzu-

ziehen. Die Durchschnittsnote wird auf eine Stelle nach dem Komma bestimmt; es wird nicht gerundet.

(9) Bei Hochschulzugangsberechtigungen aus der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, die nach dem Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 10. Mai 1990 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 908) zur Aufnahme eines Studiums in der Bundesrepublik Deutschland berechtigen, wird die Durchschnittsnote nach dem Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 8. Juli 1987 in der Fassung vom 8. Oktober 1990 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 289.1) errechnet. Bei Hochschulzugangsberechtigungen aus den in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Ländern, die nach dem Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 21. Februar 1992 in der Fassung vom 12. März 1993 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 234) und vom 25. Februar 1994 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 234.1) zur Aufnahme eines Studiums in der Bundesrepublik Deutschland berechtigen, wird die Durchschnittsnote nach dem Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 21. Februar 1992 in der Fassung vom 9. Juni 1993 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 235) errechnet. Die Durchschnittsnote wird jeweils von der für die Ausstellung des Zeugnisses zuständigen Stelle auf eine Stelle nach dem Komma errechnet; es wird nicht gerundet. Die Zentralstelle legt die auf dem Zeugnis oder in einer besonderen Bescheinigung ausgewiesene Durchschnittsnote bei der Rangplatzbestimmung zugrunde.

(10) Bei Hochschulzugangsberechtigungen, die außerhalb der Bundesrepublik Deutschland erworben wurden, ist eine Gesamtnote durch eine besondere Bescheinigung nachzuweisen, die von der für den Wohnsitz des Bewerbers zuständigen Landesbehörde für das Schulwesen auszustellen ist. Besteht kein Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland, ist die Bezirksregierung Düsseldorf zuständig. Bei Staatsangehörigen eines Mitgliedstaates der Europäischen Union wird die Gesamtnote von der Zentralstelle auf der Grundlage des Beschlusses der Kultusministerkonferenz vom 15. März 1991 in der Fassung vom 17. Juni 1994 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 289.5) berechnet. Hierbei sind einzelne Prüfungsleistungen, die der Hochschulzugangsberechtigung zugrunde liegen, und das Ergebnis einer ergänzenden Prüfung in der Bundesrepublik Deutschland gleichgewichtig zur Beurteilung heranzuziehen; die Vorschriften der vorstehenden Absätze sind sinngemäß zu berücksichtigen. Die Gesamtnote wird auf eine Stelle nach dem Komma bestimmt; es wird nicht gerundet.

(11) Bei Hochschulzugangsberechtigungen, die bis einschließlich 1986 aufgrund einer Abschlussprüfung unter dem Vorsitz einer oder eines Prüfungsbeauftragten der Kultusministerkonferenz an deutschen Schulen im Ausland (ausgenommen die Schulen mit neugestalteter gymnasialer Oberstufe) und an Privatschulen im deutschsprachigen Ausland erworben wurden, ist die Durchschnittsnote durch eine Bescheinigung der oder des Prüfungsbeauftragten nachzuweisen. Dasselbe gilt weiterhin für die Zeugnisse der deutschen Reifeprüfungen, die am Lyzeum Alpinum in Zuoz und am Institut auf dem Rosenberg in St. Gallen erworben wurden. Die Durchschnittsnote wird auf eine Stelle nach dem Komma bestimmt; es wird nicht gerundet. Bei Hochschulzugangsberechtigungen, die ab 1987 aufgrund einer Abschlussprüfung unter dem Vorsitz einer oder eines Prüfungsbeauftragten der Kultusministerkonferenz an deutschen Schulen im Ausland erworben wurden, wird die auf dem Zeugnis ausge-

wiesene, auf eine Stelle nach dem Komma bestimmte Durchschnittsnote von der Zentralstelle bei der Rangplatzbestimmung zugrunde gelegt.

(12) Bei Hochschulzugangsberechtigungen, die an den deutsch-französischen Gymnasien ab dem Abiturtermin 1982 erworben wurden, wird der in den Zeugnissen nach Artikel 30 des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik vom 10. Februar 1972 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 90) ausgewiesene "allgemeine Notendurchschnitt" bei der Rangplatzbestimmung zugrunde gelegt. Für die Umrechnung des "allgemeinen Notendurchschnitts" wird der für die Europäischen

Schulen geltende Umrechnungsschlüssel nach Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 8. Dezember 1975 in der Fassung vom 11. Dezember 2002 (Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz Nr. 289.2) angewendet. Bei Absolventen der deutsch-französischen Gymnasien in Freiburg und Saarbrücken werden für das Abitur 1982 und 1983 die bis 1981 geltenden Richtlinien angewendet, sofern durch die Neuregelung im Einzelfall eine Verschlechterung der Durchschnittsnote eintritt. Die nach diesem Verfahren umgerechnete allgemeine Durchschnittsnote wird zusätzlich zum "allgemeinen Notendurchschnitt" im "Zeugnis über das Bestehen des deutsch-französischen Abiturs" ausgewiesen und durch den Stempelzusatz "Durchschnittsnote gemäß Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen" gekennzeichnet.

Anlage 3

(zu § 17 Abs. 2 Satz 2)

Ermittlung der Messzahl bei der Auswahl für ein Zweitstudium

(1) Die Messzahl ist die Summe der Punktzahlen, die für das Ergebnis der Abschlussprüfung des Erststudiums und für den Grad der Bedeutung der Gründe für das Zweitstudium vergeben werden.

(2) Für das Ergebnis der Abschlussprüfung des Erststudiums werden folgende Punktzahlen vergeben:

1. Noten "ausgezeichnet" und "sehr gut" — 4 Punkte;
2. Noten "gut" und "voll befriedigend" — 3 Punkte;
3. Note "befriedigend" — 2 Punkte;
4. Note "ausreichend" — 1 Punkt.

Ist die Note der Abschlussprüfung des Erststudiums nicht nachgewiesen, wird das Ergebnis der Abschlussprüfung mit 1 Punkt bewertet.

(3) Nach dem Grad der Bedeutung der Gründe für das Zweitstudium werden folgende Punktzahlen vergeben:

1. "zwingende berufliche Gründe" — 9 Punkte;
zwingende berufliche Gründe liegen vor, wenn ein Beruf angestrebt wird, der nur aufgrund zweier abgeschlossener Studiengänge ausgeübt werden kann;
2. "wissenschaftliche Gründe" — 7 bis 11 Punkte;
wissenschaftliche Gründe liegen vor, wenn im Hinblick auf eine spätere Tätigkeit in Wissenschaft und Forschung auf

der Grundlage der bisherigen wissenschaftlichen und praktischen Tätigkeit eine weitere wissenschaftliche Qualifikation in einem anderen Studiengang angestrebt wird;

3. "besondere berufliche Gründe" — 7 Punkte;
besondere berufliche Gründe liegen vor, wenn die berufliche Situation dadurch erheblich verbessert wird, dass der Abschluss des Zweitstudiums das Erststudium sinnvoll ergänzt;
4. "sonstige berufliche Gründe" — 4 Punkte;
sonstige berufliche Gründe liegen vor, wenn das Zweitstudium aufgrund der beruflichen Situation aus sonstigen Gründen zu befürworten ist;
5. "keiner der vorgenannten Gründe" — 1 Punkt.

Liegen wissenschaftliche Gründe vor, ist die Punktzahl innerhalb des Rahmens von 7 bis 11 Punkten davon abhängig, welches Gewicht die Gründe haben, welche Leistungen bisher erbracht worden sind und in welchem Maß die Gründe von allgemeinem Interesse sind. Wird das Zweitstudium nach einer Familienphase zum Zwecke der Wiedereingliederung oder des Neueinstiegs in das Berufsleben angestrebt, kann dieser Umstand unabhängig von der Bewertung des Vorhabens und seiner Zuordnung zu einer der vorgenannten Fallgruppen durch Gewährung eines Zuschlags von bis zu 2 Punkten bei der Messzahlbildung berücksichtigt werden.

Anlage 4

(zu § 22 Abs. 1 Satz 3)

Zuordnung der Kreise und kreisfreien Städte zu den Studienorten

(1) Ein Studienort kann eine Hochschule, ein Teil einer Hochschule oder ein gemeinsames Studienangebot mehrerer Hochschulen sein.

(2) Einem Studienort eines Landes sind der Kreis oder die kreisfreie Stadt des Studienorts sowie die hieran angrenzenden Kreise oder kreisfreien Städte des Landes zugeordnet. Sofern sich in einem Kreis oder in einer kreisfreien Stadt oder in den hieran angrenzenden Kreisen oder kreisfreien Städten kein Studienort des Landes befindet, ist dieser Kreis oder diese kreisfreie Stadt dem nächsten Studienort des Landes zugeordnet. Dies gilt ent-

sprechend, wenn Studiengänge nur an bestimmten Studienorten des Landes angeboten werden. Kreise und kreisfreie Städte eines Landes sind auch dem Studienort eines anderen Landes zugeordnet, wenn sie an den Kreis oder die kreisfreie Stadt des Studienorts des anderen Landes angrenzen; dabei gelten Bremen und Bremerhaven als eine kreisfreie Stadt.

(3) Örtliche und regionale Verwaltungseinheiten eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union, die an ein Land der Bundesrepublik Deutschland angrenzen, können einem Studi-

enort dieses Landes zugeordnet werden, wenn sie an den Kreis oder die kreisfreie Stadt dieses Studienorts angrenzen.

(4) In der nachfolgenden Übersicht ist für jeden Kreis und jede kreisfreie Stadt die Entfernung zu den Studienorten des Landes als Länge der Luftlinie zwischen Kreisstadt und Studienort in Kilometern (km), jeweils auf 10 km gerundet, angegeben.

(5) Ist ein Studienort im Kreis oder in der kreisfreien Stadt oder in einem hieran angrenzenden Kreis oder einer hieran angrenzenden kreisfreien Stadt gelegen, ist als Entfernung 0 angegeben; dies gilt auch für außerhalb des Landes gelegene Studienorte.

Kreisfreie Städte	Studienort
Landkreise	Jena
Kreisfreie Städte	
Eisenach	90
Erfurt	40
Gera	30

Jena	0
Suhl	70
Weimar	20

Landkreise

Altenburger Land	60
Eichsfeld	110
Gotha	60
Greiz	50
Hildburghausen	80
Ilm-Kreis	40
Kyffhäuserkreis	70
Nordhausen	80
Saale-Holzland-Kreis	0
Saale-Orla-Kreis	40
Saalfeld-Rudolstadt	30
Schmalkalden-Meiningen	90
Sömmerda	40
Sonneberg	70
Unstrut-Hainich-Kreis	80
Wartburgkreis	100
Weimarer Land	0

Verordnung zur Durchführung des Weinrechts und zur Änderung der Thüringer Verordnung zur Übertragung von Ermächtigungen auf dem Gebiet des Weinrechts Vom 16. März 2005

Aufgrund des § 12 Abs. 4 und 5 sowie des § 54 Abs. 2 des Weingesetzes in der Fassung vom 16. Mai 2001 (BGBl. I S. 985), zuletzt geändert durch Artikel 40 des Gesetzes vom 21. August 2002 (BGBl. I S. 3322), des § 12 Abs. 2, des § 13 Abs. 2 Satz 2 und des § 30 Abs. 2 und 3 der Wein-Überwachungsverordnung in der Fassung vom 14. Mai 2002 (BGBl. I S. 1624), zuletzt geändert durch Artikel 3 der Verordnung vom 22. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3751), des § 36 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in der Fassung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 602), zuletzt geändert durch Artikel 18 des Gesetzes vom 9. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3220) sowie des § 7 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 Satz 1 des Verkündungsgesetzes vom 30. Januar 1991 (GBl. S. 2) verordnet die Landesregierung und aufgrund des § 3 Abs. 4, des § 6 Abs. 3, des § 7 Abs. 4 Nr. 1, des § 8a Abs. 1 und 3, der §§ 8c und 9 Abs. 2 Satz 1, des § 12 Abs. 3 Nr. 4, des § 17 Abs. 3 und 4, des § 20 Abs. 6, des § 22 Abs. 2, des § 23 Abs. 4 und des § 44 Abs. 1 des Weingesetzes, des § 5 Abs. 1 Satz 4, des § 6 Abs. 1, des § 8 Abs. 1, des § 10 Abs. 3, des § 20 Abs. 2, des § 30 Abs. 3, des § 32c Abs. 2 und des § 39 Abs. 2 der Weinverordnung in der Fassung vom 14. Mai 2002 (BGBl. I S. 1583), zuletzt geändert durch Artikel 4 der Verordnung vom 20. Januar 2005 (BGBl. I S. 128), des § 11 Abs. 1 Satz 2, des § 14 Abs. 1, des § 23 Nr. 2, des § 29 Abs. 3 und des § 31 Satz 1 der Wein-Überwachungsverordnung jeweils in Verbindung mit den §§ 1 bis 3 der Thüringer Verordnung zur Übertragung von Ermächtigungen auf dem Gebiet des Weinrechts vom 12. Oktober 2001 (GVBl. S. 306) verordnet das Ministerium für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt:

Artikel 1

Thüringer Verordnung zur Durchführung des Weinrechts (ThürWeinDVO)

Inhaltsübersicht

§ 1	Abgrenzung des bestimmten Anbaugebiets
§ 2	Wiederbepflanzung
§ 3	Hangneigung
§ 4	Bewirtschaftung des Produktionspotentials
§ 5	Rebsortenklassifizierung
§ 6	Mengenregulierung
§ 7	Erzeugung von Qualitätswein b.A.
§ 8	Landwein
§ 9	Einrichtung und Führung der Weinbergsrolle
§ 10	Erhebung der Abgabe für den Deutschen Weinfonds
§ 11	Einlagerung und kellerwirtschaftliche Behandlung
§ 12	Sachverständigenausschuss
§ 13	Umstrukturierung und Umstellung
§ 14	Berechnung der Ertragsreblfläche während Flurbereinigungsverfahren
§ 15	Meldung von herabgesetzten Qualitätswein b.A.
§ 16	Auszeichnungen
§ 17	Herstellung von Wein mit den Bezeichnungen "Classic" und "Selection"
§ 18	Geographische Angaben
§ 19	Vereinfachte Buchführung
§ 20	Moderne Buchführung

- § 21 Automatisierte Analysenbuchführung
- § 22 Herbstbuch
- § 23 Begleitpapierkopie
- § 24 Meldungen
- § 25 Meldungen über önologische Verfahren
- § 26 Zuständigkeiten
- § 27 Strafbestimmungen
- § 28 Ordnungswidrigkeiten
- § 29 Gleichstellungsbestimmung

§ 1

Abgrenzung des bestimmten Anbaugebiets (zu § 3 Abs. 4 des Weingesetzes)

(1) Der zu Thüringen gehörende Teil des bestimmten Anbaugebiets Saale-Unstrut umfasst die zulässigerweise mit Reben bepflanzten oder vorübergehend nicht bepflanzten sowie sonstige nicht mit Reben bepflanzte Flächen, die zur Erzeugung von Qualitätswein geeignet sind, in den in Anlage 1 genannten Städten und Gemeinden.

(2) Die Topografischen Karten im Maßstab 1:10 000 zu Anlage 1, in der die in Absatz 1 genannten Flächen zeichnerisch eingetragen sind, sind im Amt für Landwirtschaft und Flurneuordnung Süd in Weißenfels zu jedermanns Einsicht archivmäßig gesichert niedergelegt.

§ 2

Wiederbepflanzung (zu § 6 Abs. 3 Satz 1 des Weingesetzes)

(1) Wiederbepflanzungen dürfen nur auf den gerodeten Flächen vorgenommen werden.

(2) Die zuständige Behörde kann im Einzelfall die Übertragung eines Wiederbepflanzungsrechts von einer gerodeten Fläche auf eine andere Fläche desselben Betriebs oder eines anderen Betriebs genehmigen, wenn

1. die andere Fläche innerhalb der Abgrenzung des jeweiligen bestimmten Anbaugebiets liegt,
2. die andere Fläche in unmittelbarem räumlichen Zusammenhang mit zulässigerweise mit Reben bepflanzten oder vorübergehend nicht bepflanzten Flächen steht,
3. die andere Fläche die Erzeugung von Qualitätswein bestimmter Anbaugebiete (b.A.) nach § 4 der Weinverordnung erwarten lässt,
4. die andere Fläche nicht frostgefährdet ist und
5. die Übertragung zu keinem Gesamtanstieg des Produktionspotentials im Sinne des Artikel 4 Abs. 4 Satz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1493/1999 des Rates vom 17. Mai 1999 über die gemeinsame Marktorganisation für Wein (ABl. EG Nr. L 179 S. 1) in der jeweils geltenden Fassung führt.

(3) Die Genehmigung nach Absatz 2 setzt einen schriftlichen Antrag voraus. Dem Antrag sind genaue Angaben über die Flächen und über den Umfang des Wiederbepflanzungsrechts beizufügen. Im Falle der Übertragung eines Wiederbepflanzungsrechts von einer gerodeten Fläche auf die Fläche eines anderen Betriebs ist der Antrag vom Übernehmer des Wiederbepflanzungsrechts unter Beifügung der schriftlichen Zustimmung des Abgebers zu stellen. Die Angaben über die Flächen erfolgen durch Auszüge aus der Liegenschaftskarte und dem Liegenschaftsbuch neuesten Datums.

§ 3

Hangneigung (zu § 7 Abs. 4 Nr. 1 des Weingesetzes)

(1) Zur Steigerung der Qualität der Weine dürfen in dem zu Thüringen gehörenden Teil des bestimmten Anbaugebiets Saale-Unstrut Reben nur auf Flächen angepflanzt werden, die eine Hangneigung von mindestens 10 v. H. aufweisen.

(2) Bei Terrassenlagen ist die ursprüngliche Hangneigung maßgebend.

(3) Von dem Erfordernis nach Absatz 1 kann bei Anpflanzungen abgesehen werden, die an zulässigerweise mit Reben bepflanzte oder vorübergehend nicht bepflanzte Flächen angrenzen und diese abrunden, ohne dass dies zu einer Ausweitung des Weinbaus in ebenen Lagen führt.

§ 4

Bewirtschaftung des Produktionspotentials (zu § 8a Abs. 1 und 3 des Weingesetzes)

(1) Für den zu Thüringen gehörenden Teil des bestimmten Anbaugebiets Saale-Unstrut wird eine regionale Reserve von Pflanzrechten geschaffen. Die Verwaltung obliegt der zuständigen Behörde.

(2) Ein im Rahmen der Verordnung (EG) Nr. 1493/1999 erworbenes Wiederbepflanzungsrecht kann bis zum Ende des achten auf das Jahr der Rodung folgenden Weinwirtschaftsjahres ausgeübt werden. Bis dahin nicht genutzte Wiederbepflanzungsrechte gehen in die regionale Reserve von Pflanzrechten ein.

(3) Die Gewährung von Pflanzrechten aus der regionalen Reserve setzt einen schriftlichen Antrag bis zum 30. April eines Jahres (Ausschlussfrist) voraus. Dem Antrag ist eine genaue Flächenangabe über den Umfang der aufzurebenden Fläche und ein Auszug aus der Liegenschaftskarte mit gekennzeichnete Aufrebnungsfläche beizufügen sowie der Vermarktungsnachweis nach § 5 der Weinverordnung zu erbringen. Je Antrag werden in der Regel nicht mehr als 1 Hektar zugeteilt.

(4) Antragsberechtigt sind Eigentümer sowie Nutzungsberechtigte, die einen Eigentums- oder mindestens zwölfjährigen Nutzungsrechtsnachweis für die beantragte Fläche erbringen können.

(5) Nach Absatz 3 kann ein Pflanzrecht gewährt werden, wenn die zu bepflanzende Fläche die Voraussetzungen nach § 2 Abs. 2 und § 3 erfüllt sowie sonstige gesetzliche Gebote und Verbote nicht entgegenstehen.

(6) Bei der Gewährung eines Pflanzrechts sind in erster Linie Anträge für Terrassen- und Steillagen zu berücksichtigen. Darüber hinaus wird in der Regel in der Reihenfolge des Eingangs über die Anträge entschieden. Übersteigt der beantragte Bedarf die Summe der zur Verfügung stehenden Pflanzrechte, entscheidet die zuständige Behörde nach fachlichen Kriterien über die Zuteilung.

(7) Nutzt der Antragsteller die gewährten Pflanzrechte nicht in seinem eigenen Betrieb, gehen sie wieder in die regionale Reserve ein.

§ 5

Rebsortenklassifizierung

(zu den §§ 8c und 17 Abs. 4 des Weingesetzes)

(1) Zur Herstellung von Wein sind die in der Anlage 2 genannten Rebsorten sowie die in der jeweils geltenden Liste zum Sortenregister des Bundessortenamts genannten Keltertraubensorten zugelassen.

(2) Für die Herstellung von Qualitätswein b.A. sind die in der Anlage 2 genannten Rebsorten sowie die in der jeweils geltenden Liste des Bundessortenamts genannten Keltertraubensorten der Art "Vitis vinifera" geeignet.

(3) Versuche zur Prüfung der Voraussetzungen für die Festlegung der zur Herstellung von Wein zugelassenen Rebsorten dürfen nur mit Genehmigung der zuständigen Behörde angelegt werden.

(4) Die Anzahl der Rebstöcke einer Prüfsorte darf 1 500 je Versuchsanlage nicht übersteigen. Die Gesamtzahl der Versuchsanlagen darf 1 v. H. der bestockten Rebfläche des bestimmten Anbaugebiets Saale-Unstrut nicht übersteigen.

(5) Der Versuchszeitraum soll zehn Jahre betragen und kann einmal um bis zu zehn weitere Jahre verlängert werden.

§ 6

Mengenregulierung

(zu § 9 Abs. 2 Satz 1, § 12 Abs. 3 Nr. 4, Abs. 4 und 5 des Weingesetzes)

(1) Der Hektarertrag für Wein wird für den zu Thüringen gehörenden Teil des bestimmten Anbaugebiets Saale-Unstrut auf 90 Hektoliter festgesetzt.

(2) Bei Winzergenossenschaften und Erzeugergemeinschaften anderer Rechtsform gelten alle Rebflächen von Weinbaubetrieben, die innerhalb eines Bereichs belegen sind und die ihre Ernte als Weintrauben oder Traubenmost abzuliefern haben, als ein Betrieb im Sinne der §§ 9 bis 11 und 12 Abs. 3 Nr. 1 bis 3 des Weingesetzes.

(3) Winzergenossenschaften und Erzeugerzusammenschlüsse anderer Rechtsform dürfen abweichend von § 9 Abs. 1 Satz 1 und § 10 Abs. 1 Satz 1 des Weingesetzes Übermengen im Sinne des § 10 Abs. 1 Satz 1 des Weingesetzes zur jährlichen Selbstversorgung der Familien ihrer Mitglieder abgeben.

(4) Die Abgabe von Übermengen nach Absatz 3 ist nur an Mitglieder zulässig, die in dem Erntejahr ihre gesamte Ernte in Form von Trauben oder Traubenmost abgeliefert haben. Dabei ist die Abgabe von Übermengen bei der Ernte- und Erzeugungsmeldung kenntlich zu machen. Über die Abgabe ist ein Nachweis zu führen, aus dem ersichtlich ist, an welches Mitglied des Erzeugerzusammenschlusses welche Mengen Wein zur Selbstversorgung abgegeben wurden. Der Nachweis ist drei Jahre aufzubewahren und der zuständigen Behörde auf Verlangen vorzulegen.

§ 7

Erzeugung von Qualitätswein b.A.

(zu § 17 Abs. 3 und § 20 Abs. 6 des Weingesetzes)

(1) Die Beregnung von Rebflächen ist zulässig, wenn sie zur weiteren Entwicklung der Reben, zur Vermeidung von Trockenstress sowie zur Erhaltung einer optimalen Qualität der Trauben erforderlich ist und sonstige gesetzliche Gebote und Verbote nicht entgegenstehen.

(2) Die Beregnung ist zulässig für nicht im Ertrag stehende Rebflächen und zum Frostschutz, unabhängig von den Voraussetzungen nach Absatz 1.

(3) Die natürlichen Mindestalkoholgehalte für Qualitätsschaumweine b.A., Qualitätsweine b.A. und Qualitätswein mit Prädikat sind für den zu Thüringen gehörenden Teil des bestimmten Anbaugebiets Saale-Unstrut in Anlage 3 festgesetzt.

(4) Für die Zuerkennung der Prädikate "Auslese" und "Eiswein" muss das Erntegut von Hand gelesen worden sein.

§ 8

Landwein

(zu § 22 Abs. 2 des Weingesetzes)

(1) Die Herstellung von Mitteldeutschem Landwein in den zu Thüringen gehörenden Teilen des bestimmten Anbaugebiets Saale-Unstrut wird zugelassen.

(2) Der natürliche Mindestalkoholgehalt wird bei Mitteldeutschem Landwein auf 5,9 Volumenprozent Alkohol (50° Öchsle) festgesetzt.

(3) Zur Herstellung von Mitteldeutschem Landwein mit Herkunft aus Thüringen dürfen die in Anlage 2 genannten Rebsorten sowie die in der jeweils geltenden Liste zum Sortenregister des Bundessortenamts genannten Keltertraubensorten verwendet werden. Als Mitteldeutscher Landwein mit Herkunft aus Thüringen darf nur ein gebietstypischer Wein gekennzeichnet werden, der in Aussehen, Geruch und Geschmack frei von Fehlern ist. Bei Angabe einer Rebsorte muss er für diese Rebsorte typisch sein.

§ 9

Einrichtung und Führung der Weinbergsrolle

(zu § 23 Abs. 4 des Weingesetzes)

(1) Bei der zuständigen Behörde wird eine Weinbergsrolle eingerichtet und geführt.

(2) Die Weinbergsrolle besteht aus

1. einem Verzeichnis der Namen von Lagen und Bereichen,
2. Auszügen aus der Liegenschaftskarte und dem Liegenschaftsbuch sowie
3. Karteiblättern, die über jede Lage näheren Aufschluss geben.

(3) Einzellagen können auf Antrag durch die zuständige Behörde eingetragen, geändert oder gelöscht werden. Dazu findet zunächst eine Anhörung des Sachverständigenausschusses nach § 12 bei der Lehr- und Versuchsanstalt Gartenbau Erfurt statt. Diese übermittelt das Ergebnis der Anhörung mit einer eigenen Stellungnahme an die zuständige Behörde.

(4) Antragsberechtigt sind

1. Eigentümer und sonstige zur Nutzung von Rebflächen Berechtigte für ihre Rebflächen sowie
2. Erzeugerzusammenschlüsse für die Rebflächen ihrer Mitglieder.

(5) Die Anträge müssen enthalten:

1. Angaben der Größe und Abgrenzung der Einzellage durch Einzeichnung in Auszügen aus der Liegenschaftskarte, aus denen die Flurstücke mit den Flurstücksnummern ersichtlich sind,
2. den einzutragenden Namen und Angaben darüber, ob es sich um einen herkömmlichen Namen oder um die im Liegenschaftskataster nachgewiesene Lagebezeichnung handelt oder ob er sich an den Namen oder an die Lagebezeichnung anlehnt,
3. Angaben über die Gleichwertigkeit und die gleichwertige Geschmacksrichtung der aus den Erträgen der Einzellage üblicherweise hergestellten Weine unter Berücksichtigung von Gelände- und Bodenbeschaffenheit sowie der Rebsorten und
4. für Einzellagen unter 5 Hektar eine Begründung dafür, dass die Bildung einer größeren Einzellage wegen der örtlichen Nutzungsverhältnisse oder wegen der Besonderheit der auf der Fläche gewonnenen Weine nicht möglich ist.

§ 10

Erhebung der Abgabe für den Deutschen Weinfonds
(zu § 44 Abs. 1 des Weingesetzes)

(1) Die Abgabe nach § 43 Nr. 1 des Weingesetzes wird durch die zuständige Behörde erhoben. Sie entsteht am 1. Januar eines jeden Jahres.

(2) Die Abgabe wird jährlich erhoben und ist jeweils zum 30. Juni eines jeden Jahres fällig.

(3) Maßgeblich für die Erhebung der Abgabe ist die am 1. Januar eines Kalenderjahrs genutzte Weinbergsfläche, die der Meldung des Abgabepflichtigen zur Weinbaukartei entspricht. Zur abgabepflichtigen Fläche gehören alle bestockten und vorübergehend nicht bestockten Flächen des Abgabepflichtigen.

(4) Die zuständige Behörde setzt die Höhe der Abgabe auf der Grundlage der Daten der Weinbaukartei fest und teilt sie dem Abgabepflichtigen mit.

(5) Wird die Abgabe nicht bis zum Ablauf des Fälligkeitstags gezahlt, so ist für jeden angefangenen Monat der Säumnis ein Säumniszuschlag von 3 v. H. des rückständigen Abgabebetrags zu entrichten. Dabei werden die Säumniszuschläge auf volle Eurobeträge nach unten abgerundet. Von der Anforderung von Säumniszuschlägen von weniger als 5 Euro wird abgesehen.

(6) Auf die Beitreibung der Abgabe finden im Übrigen die Bestimmungen des Thüringer Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetzes in der Fassung vom 27. September 1994 (GVBl. S. 1053) in der jeweils geltenden Fassung Anwendung.

§ 11

Einlagerung und kellerwirtschaftliche Behandlung
(zu § 5 Abs. 1 Satz 4 der Weinverordnung)

(1) Bei Selbstvermarktung ist die Einlagerungsmöglichkeit des Eineinhalbfachen des zulässigen Hektarertrags als Tank-, Fass- oder Flaschenlager nachzuweisen.

(2) Als Nachweis der fachgerechten kellerwirtschaftlichen Behandlung gilt eine abgeschlossene Ausbildung in den Berufen Winzer oder Weinküfer mit mindestens einjähriger Praxis oder ohne abgeschlossene Ausbildung eine mindestens vierjährige Praxis in Weinbau und Kellerwirtschaft. Der Nachweis der fachgerechten kellerwirtschaftlichen Behandlung kann auch durch entsprechende Weiterbildungen erbracht werden.

§ 12

Sachverständigenausschuss
(zu § 6 Abs. 1 der Weinverordnung)

(1) Die zuständige Behörde bildet einen Sachverständigenausschuss und beruft auf die Dauer von fünf Jahren je eine Person

1. der zuständigen Behörde als vorsitzendes Mitglied,
2. aus dem Bereich Agrarökologie und landwirtschaftlicher Bodenschutz und
3. aus dem Weinbauverband Saale-Unstrut e.V. mit Betriebsitz in Thüringen

als Mitglieder. Für jedes Mitglied ist ein stellvertretendes Mitglied zu berufen. Die Mitglieder können aus wichtigem Grund durch die zuständige Behörde abberufen werden. Sie sind ehrenamtlich tätig.

(2) Der Sachverständigenausschuss ist

1. vor der Eintragung, Änderung oder Löschung von Einzellagen und
2. vor der Entscheidung über die Eignung von Grundstücken für die Erzeugung von Qualitätswein b.A. zu hören.

(3) Die Geschäftsführung obliegt der zuständigen Behörde.

§ 13

Umstrukturierung und Umstellung
(zu § 8 Abs. 1 der Weinverordnung)

(1) Die Umstrukturierung und Umstellung von Rebflächen erfolgt nach Maßgabe des von dem für Weinbau zuständigen Ministerium erstellten und genehmigten Umstrukturierungs- und Umstellungsplans für den in Thüringen liegenden Teil des bestimmten Anbaugebiets Saale-Unstrut in seiner jeweils geltenden Fassung. Anträge auf Gewährung von Beihilfen für die Umstrukturierung von Rebflächen sind bei der zuständigen Behörde einzureichen.

(2) Die Umstrukturierung und Umstellung von Rebflächen umfasst

1. die Sortenumstellung und
2. die Umstellung zur Verbesserung der Bewirtschaftungstechnik.

(3) Bei der Umstrukturierung und Umstellung können nur Rebflächen berücksichtigt werden, die

1. in der Weinbaukartei erfasst sind,
2. innerhalb des bestimmten Anbaugebiets liegen und
3. vor dem Weinwirtschaftsjahr 1990/91 aufgerebt wurden.

(4) Die Mindestparzellengröße, für die eine Umstrukturierungsbeihilfe gewährt werden kann, wird auf 1 Ar und die Mindestparzellengröße, die sich aus der Umstrukturierung und Umstellung ergeben muss, wird auf 3 Ar festgelegt.

(5) Die Umstrukturierung und Umstellung von Rebflächen darf zu keiner allgemeinen Erhöhung des Produktionspotentials des Anbaugebiets führen.

§ 14

Berechnung der Ertragsrebfläche während Flurbereinigungsverfahren

(zu § 10 Abs. 3 der Weinverordnung)

Die vorübergehend nicht zur Ertragsrebfläche gehörenden Rebflächen, die zulässigerweise mit Reben bestockt sind oder bestockt werden dürfen und im Zusammenhang mit einem Verfahren nach dem

1. Flurbereinigungsgesetz in der Fassung vom 16. März 1976 (BGBl. I S. 546) in der jeweils geltenden Fassung oder
2. Achten Abschnitt des Landwirtschaftsanpassungsgesetzes in der Fassung vom 3. Juli 1991 (BGBl. I S. 1418) in der jeweils geltenden Fassung

planmäßig wieder aufgebaut werden, gelten während der Dauer des Verfahrens, längstens bis zum Ablauf des Weinwirtschaftsjahrs, das der Besitzeinweisung oder dem Abschluss der Arbeiten zur Herstellung der wertgleichen Abfindung folgt, als Ertragsrebflächen im Sinne des § 2 Nr. 7 des Weingesetzes.

§ 15

Meldung von herabgesetztem Qualitätswein b.A.

(zu § 20 Abs. 2 der Weinverordnung)

Die Erzeuger haben die Herabstufung eines Weines, dem eine amtliche Prüfungsnummer zugeteilt ist, unverzüglich schriftlich der zuständigen Stelle zu melden, die sodann das Landesamt für Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz informiert.

§ 16

Auszeichnungen

(zu § 30 Abs. 3 der Weinverordnung)

Für die Zulassung zur Weinprämierung müssen jeweils zum Zeitpunkt der Prämierung die Bestände der einzelnen Weinkategorien folgende Mindestmengen umfassen:

- | | |
|--|------------|
| 1. Qualitätswein b.A. | 600 Liter, |
| 2. Qualitätswein mit dem Prädikat Kabinett | 400 Liter, |
| 3. Qualitätswein mit dem Prädikat Spätlese | 400 Liter, |
| 4. Qualitätswein mit dem Prädikat Auslese | 200 Liter, |
| 5. Qualitätswein, bei dem die Bezeichnung "im Barrique gereift" verwendet wird | 200 Liter, |
| 6. Qualitätswein mit dem Prädikat Kabinett oder Spätlese, bei dem die Bezeichnung "im Barrique gereift" verwendet wird und Sekt b.A. | 200 Liter, |
| 7. Qualitätswein mit den Prädikaten Beeren-
auslese, Trockenbeeren-
auslese oder
Eiswein jeweils | 100 Liter. |

§ 17

Herstellung von Wein mit den Bezeichnungen "Classic" und "Selection"

(zu § 32c Abs. 2 der Weinverordnung)

(1) Für die Herstellung von Wein mit der Bezeichnung "Classic" nach Maßgabe des § 32a der Weinverordnung dürfen in dem zu Thüringen gehörenden Teil des bestimmten Anbaugebiets Saale-Unstrut nur die Rebsorten Bacchus, Kerner, Müller-Thurgau, Riesling, Silvaner, Spätburgunder, Traminer und Weißburgunder verwendet werden.

(2) Für die Herstellung von Wein mit der Bezeichnung "Selection" nach Maßgabe des § 32b der Weinverordnung dürfen in dem zu Thüringen gehörenden Teil des bestimmten Anbaugebiets Saale-Unstrut nur die Rebsorten Blauer Zweigelt, Grauburgunder, Riesling, Silvaner, Spätburgunder, Traminer und Weißburgunder verwendet werden.

(3) Synonyme der Rebsorten können zur Bezeichnung verwendet werden. Die synonymen Bezeichnungen ergeben sich aus der Anlage 2.

§ 18

Geographische Angaben

(zu § 39 Abs. 2 der Weinverordnung)

Erstreckt sich eine Lage über das Gebiet mehrerer Gemeinden, dürfen nur die in der Anlage 4 aufgeführten Gemeinde- und Ortsnamen verwendet werden.

§ 19

Vereinfachte Buchführung

(zu § 11 Abs. 1 der Wein-Überwachungsverordnung)

§ 11 Abs. 1 Satz 1 der Wein-Überwachungsverordnung gilt unter den dort genannten Voraussetzungen auch für selbst erzeugten Traubenmost und Wein.

§ 20

Moderne Buchführung

(zu § 12 Abs. 2 der Wein-Überwachungsverordnung)

(1) Der Anwender von Buchführungsverfahren auf der Grundlage der automatisierten Datenverarbeitung ist verpflichtet, innerhalb eines Monats nach Beginn der Anwendung die Genehmigung für das Verfahren bei der zuständigen Stelle zu beantragen. Der zuständigen Stelle oder den von ihr beauftragten Personen hat der Anwender die Prüfung des von ihm angewendeten Buchführungsverfahrens an Ort und Stelle zu ermöglichen. Er hat die erforderlichen Unterlagen bereitzuhalten und die notwendigen Auskünfte zu erteilen. Im begründeten Einzelfall kann die zuständige Stelle dem Anwender die Anwendung eines bestimmten Buchführungsverfahrens untersagen oder von der Erfüllung weiterer Auflagen abhängig machen.

(2) Werden die Genehmigungsvoraussetzungen für Buchführungsverfahren geändert, so kann der Anwender dieser Buchführungsverfahren die in seinem Besitz befindlichen Bücher und Formulare bis zur Erschöpfung der Bestände verwenden, wenn er die geänderten Genehmigungsvoraussetzungen erfüllt.

§ 21

Automatisierte Analysenbuchführung
(zu § 13 der Wein-Überwachungsverordnung)

(1) Die Analysenbuchführung auf der Grundlage automatisierter Datenverarbeitung umfasst die in § 13 Abs. 1 Satz 2 der Wein-Überwachungsverordnung vorgeschriebenen Angaben in entsprechender Weise.

(2) Die verwendeten Systeme müssen über passwortkontrollierte Zugangsberechtigungen, mindestens zwei Validierungsebenen und die Funktionen zur Protokollierung von Datenänderungen (Audit-Trail-Funktionen) für alle Dateneinträge verfügen. Die Endvalidierung der Angaben nach § 13 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 bis 4 der Wein-Überwachungsverordnung ersetzt Namen und Unterschrift im Sinne des § 13 Abs. 1 Satz 2 Nr. 5 der Wein-Überwachungsverordnung.

(3) Die Datensicherung zur Gewährleistung der direkten Zugriffsmöglichkeit während der Aufbewahrungsfrist nach § 13 Abs. 3 der Wein-Überwachungsverordnung hat so zu erfolgen, dass Lesbarkeit, ordnungsgemäße Aufbewahrung und schnelle Zugriffsmöglichkeit gegeben sind.

(4) Eine Analysenbuchführung auf der Grundlage automatisierter Datenverarbeitung wird auf Antrag des Anwenders von der zuständigen Stelle genehmigt, wenn das Buchführungsverfahren die Anforderungen, die allgemein an eine Buchführung gestellt werden, und die Voraussetzungen nach den Absätzen 1 bis 3 erfüllt.

§ 22

Herbstbuch

(zu § 14 Abs. 1 der Wein-Überwachungsverordnung)

Das Herbstbuch ist nach dem Muster der Anlage 5 zu führen, sofern keine andere Art der Buchführung genehmigt wird.

§ 23

Begleitpapierkopie

(zu § 23 der Wein-Überwachungsverordnung)

Ist für die Beförderung

1. von nicht abgefülltem Traubenmost, nicht abgefülltem Tafelwein, nicht abgefüllten Erzeugnissen, die für die Herstellung von Schaumwein, Qualitätsschaumwein oder Qualitätsschaumwein b.A. bestimmt sind, oder nicht abgefülltem Qualitätswein b.A., der aus in Thüringen geernteten Weintrauben gewonnen worden ist, oder
2. von in Thüringen geernteten Weintrauben ein Begleitpapier auszustellen, so hat der zur Ausstellung Verpflichtete eine Kopie des Begleitpapiers unverzüglich der für den Verladeort zuständigen Stelle zuzuleiten.

§ 24

Meldungen

(zu § 29 Abs. 3 und § 31 der Wein-Überwachungsverordnung)

(1) Vorgenommene Aufgaben, Rodungen, Wiederbepflanzungen und Neupflanzungen von Rebflächen sind der zuständigen Behörde bis zu dem auf die Aufgabe, Rodung, Wiederbepflanzung oder Neuanpflanzung folgenden 31. Mai zu melden.

(2) Die Meldung der Rebflächen des Betriebs, der Ertragsrebfläche, der Erntemengen nach Rebsorten und Herkunft, der vorgesehenen Differenzierung der Tafelweine, Qualitätsweine und Qualitätsweine mit Prädikat und des Bestandes an Erzeugnissen ist der zuständigen Behörde zu den vorgegebenen Terminen zu erstatten.

(3) Weinbaubetriebe im Sinne des § 9 Abs. 1 Satz 1 des Weingesetzes, bei denen die zuständige Behörde anhand der Rebflächenangaben in der gemeinschaftlichen Weinbaukartei und der Mengenangaben in der Ernte- und Erzeugungsmeldung Übermengen ermittelt und dies den Betroffenen mitgeteilt hat, haben jeweils bis zum 7. September der zuständigen Behörde eine Meldung über die jeweils bis zum 31. Juli verwendete und verwertete Übermenge zu erstatten.

(4) Für die Meldungen nach den Absätzen 2 und 3 sind die von der zuständigen Behörde ausgegebenen Vordrucke zu verwenden.

§ 25

Meldungen über önologische Verfahren

(zu § 30 Abs. 2 und 3 der Wein-Überwachungsverordnung)

(1) Die Meldung über die Erhöhung des Alkoholgehalts ist der zuständigen Behörde mindestens einen Werktag vor der Durchführung der Maßnahme nach den Vorgaben des Artikels 25 Abs. 2 der Verordnung (EG) Nr. 1622/2000 der Kommission vom 24. Juli 2000 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 1493/1999 über die gemeinsame Marktorganisation für Wein und zur Einführung eines Gemeinschaftskodex der önologischen Verfahren und Behandlungen (ABl. EG Nr. L 194 S. 1) in der jeweils geltenden Fassung zu erstatten.

(2) Sofern die in der Meldung genannte Maßnahme nicht zu dem darin angegebenen Zeitpunkt durchgeführt werden kann, ist dies unverzüglich der zuständigen Behörde mitzuteilen und mindestens einen Werktag vor Beginn der beabsichtigten Maßnahme eine zweite Meldung zu erstatten.

(3) Es wird zugelassen, dass

1. eine für mehrere Maßnahmen im folgenden Weinwirtschaftsjahr geltende vorherige Meldung über die Erhöhung des Alkoholgehalts nach Artikel 25 Abs. 3 Satz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1622/2000 oder
2. eine für mehrere Süßungsvorgänge im folgenden Weinwirtschaftsjahr geltende vorherige Meldung nach Maßgabe des Artikels 31 Abs. 2 Unterabs. 2 Satz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1622/2000

erstattet wird, sofern diese jeweils bis zum 7. September eines jeden Jahres der zuständigen Behörde vorgelegt wird.

§ 26

Zuständigkeiten

Zuständige Behörde oder Stelle ist

1. die Lehr- und Versuchsanstalt Gartenbau Erfurt nach § 2 Abs. 2, § 4 Abs. 1 Satz 2, § 12 Abs. 1 und 3 und § 13 Abs. 1 Satz 2,
2. das Landwirtschaftsamt Sömmerda nach § 10 Abs. 1 und 4,
3. das Landesamt für Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz nach § 20 Abs. 1, § 21 Abs. 4 sowie den §§ 23 und 25 sowie

4. das Amt für Landwirtschaft und Flurneuordnung Süd in Weissenfels nach der Verwaltungsvereinbarung mit Sachsen-Anhalt auf dem Gebiet des Weinrechts vom 15. März 2000 (StAnz. Nr. 15 S. 873) in der jeweils geltenden Fassung im Übrigen.

§ 27

Strafbestimmungen

(zu den §§ 48 und 49 des Weingesetzes)

(1) Nach § 48 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 2 und 3 des Weingesetzes wird bestraft, wer vorsätzlich oder fahrlässig Landwein herstellt, der den in § 8 Abs. 2 und 3 festgesetzten Produktionsbedingungen nicht entspricht.

(2) Nach § 49 Nr. 3 des Weingesetzes wird bestraft, wer

1. entgegen § 6 Abs. 2 außerhalb des jeweiligen Bereichs belegene Rebflächen in die Einbetriebsregelung einbezieht oder
2. entgegen § 7 Abs. 1 und 2 Rebflächen beregnet.

§ 28

Ordnungswidrigkeiten

(zu § 50 des Weingesetzes)

(1) Ordnungswidrig im Sinne des § 50 Abs. 2 Nr. 4 des Weingesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen § 2 Abs. 1 auf anderen als den dort genannten Flächen oder entgegen § 2 Abs. 2 ohne Genehmigung der zuständigen Behörde eine Wiederbepflanzung vornimmt,
2. entgegen § 6 Abs. 4 Übermengen abgibt oder die Nachweise der Abgabe nicht oder nicht vollständig führt, nicht vorlegt oder nicht aufbewahrt,
3. entgegen § 20 Abs. 1 Satz 1 als Buchführungspflichtiger eine Genehmigung nicht oder nicht rechtzeitig beantragt,
4. als Buchführungspflichtiger den Bestimmungen über die Analysenbuchführung nach § 21 Abs. 1, 2 Satz 1 oder Abs. 3 zuwiderhandelt,
5. entgegen § 22 das Herbstbuch nicht nach dem Muster der Anlage 5 führt,
6. entgegen § 23 eine Kopie des Begleitpapiers nicht oder nicht rechtzeitig der zuständigen Stelle zuleitet,
7. entgegen § 24 Abs. 1 und 2 die Meldungen nicht, nicht fristgerecht oder nicht vollständig erstattet oder
8. entgegen § 25 Abs. 1 und 2 eine Meldung nicht rechtzeitig erstattet.

(2) Zuständige Behörde oder Stelle für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten ist in den Fällen des

1. Absatzes 1 Nr. 1, 2 und 7 die Lehr- und Versuchsanstalt Gartenbau,
2. Absatzes 1 Nr. 3 bis 6 und 8 das Landesamt für Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz.

§ 29

Gleichstellungsbestimmung

Status- und Funktionsbezeichnungen in dieser Verordnung gelten jeweils in männlicher und weiblicher Form.

Artikel 2

Änderung der Thüringer Verordnung zur Übertragung von Ermächtigungen auf dem Gebiet des Weinrechts

Die Thüringer Verordnung zur Übertragung von Ermächtigungen auf dem Gebiet des Weinrechts vom 12. Oktober 2001 (GVBl. S. 306) wird wie folgt geändert:

1. In § 2 wird die Angabe "28. August 1998 (BGBl. I S. 2609)" durch die Angabe "14. Mai 2002 (BGBl. I S. 1583)" ersetzt.

2. § 3 wird wie folgt geändert:

- a) Der bisherige Wortlaut wird Absatz 1 und wie folgt geändert:

- aa) Es werden die Verweisung "29 Abs. 3 und 5" durch die Verweisung "29 Abs. 3" und die Angabe "vom 9. Mai 1995 (BGBl. I S. 630, 655)" durch die Angabe "in der Fassung vom 14. Mai 2002 (BGBl. I S. 1624)" ersetzt.

- bb) Folgender Satz wird angefügt:

"Hinsichtlich der aufgrund des § 11 Abs. 1 Satz 2 und des § 23 der Wein-Überwachungsverordnung erlassenen Rechtsverordnungen ist das Benehmen mit dem für die Lebensmittelüberwachung zuständigen Ministerium herzustellen."

- b) Folgender Absatz 2 wird angefügt:

"(2) Die Ermächtigungen zum Erlass von Rechtsverordnungen aufgrund des § 12 Abs. 2, des § 13 Abs. 2 Satz 2 sowie des § 30 Abs. 2 und 3 der Wein-Überwachungsverordnung werden auf das für die Lebensmittelüberwachung zuständige Ministerium übertragen."

3. In § 6 Satz 1 werden nach dem Wort "Kraft" die Worte "und am 31. März 2009 außer Kraft" eingefügt.

Artikel 3

In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft. Artikel 1 tritt am 31. März 2009 außer Kraft. Gleichzeitig mit dem In-Kraft-Treten dieser Verordnung tritt die Thüringer Verordnung über die Erhebung einer Abgabe für den Weinfonds vom 9. Juli 1993 (GVBl. S. 425) außer Kraft.

Erfurt, den 16. März 2005

Die Landesregierung

Der Ministerpräsident

Der Minister für Landwirtschaft,
Naturschutz und Umwelt

Dieter Althaus

Dr. Volker Sklenar

Anlage 1
(zu § 1 Abs. 1)

**Abgrenzung des zu Thüringen gehörenden Teils des bestimmten Anbaugebiets
Saale-Unstrut**
(nach Gemeinden)

1. Kreisfreie Städte

Erfurt
Jena

2. Landkreis Hildburghausen

Heldburg

3. Saale-Holzland-Kreis

Camburg
Dornburg
Dorndorf-Steudnitz
Golmsdorf
Graitschen
Neuengönna
Orlamünde
Schöngleina
Seitenroda
Wichmar

4. Landkreis Saalfeld-Rudolstadt

Bad Blankenburg

5. Landkreis Sömmerda

Rastenberga

6. Unstrut-Hainich-Kreis

Großvargula

7. Landkreis Weimarer Land

Auerstedt
Bad Sulza
Großheringen
Hopfgarten
Kaatschen
Niedertrebra
Wickerstedt

Anlage 2
(zu § 5 Abs. 1 und 2, § 17 Abs. 3)

Rebsorten, die zur Erzeugung von Wein und Qualitätswein bestimmter Anbaugebiete zugelassen sind:

Lfd. Nr.	Rebsorte	Synonyme	Traubenfarbe	zur Herstellung von Qualitätswein b.A. zugelassen
1	Bacchus	-	weiß	x
2	Cabernet Dorsa	-	schwarz	x
3	Cabernet Mitos	-	schwarz	x
4	Weißer Burgunder	Weißburgunder	weiß	x
5	Dornfelder	-	schwarz	x
6	Faberrebe	-	weiß	x
7	Weißer Gutedel	Gutedel	weiß	x
8	Roter Gutedel	Gutedel	rot	x
9	Huxelrebe	-	weiß	x
10	Johanniter	-	weiß	x
11	Kerner	-	weiß	x
12	Blauer Limberger	Lemberger, Blaufränkisch	schwarz	x
13	Morio-Muskat	-	weiß	x
14	Müllerrebe	Schwarzriesling	schwarz	x
15	Müller-Thurgau	Rivaner	weiß	x
16	Gelber Muskateller	Muskateller	weiß	x
17	Ortega	-	weiß	x
18	Phoenix	-	weiß	x
19	Blauer Portugieser	Portugieser	schwarz	x
20	Regent	-	schwarz	x
21	Weißer Riesling	Riesling	weiß	x
22	Ruländer	Grauer Burgunder, Grauburgunder	grau	x
23	Scheurebe	-	weiß	x
24	Grüner Silvaner	Silvaner	weiß	x
25	Sauvignon blanc	-	weiß	x
26	Blauer Spätburgunder	Spätburgunder	schwarz	x
27	Roter Traminer	Gewürztraminer, Traminer	rosé	x
28	Blauer Zweigelt	-	schwarz	x

Anlage 3
(zu § 7 Abs. 3)

**Natürliche Mindestalkoholgehalte für Qualitätsschaumwein b.A.,
Qualitätswein b.A. und Qualitätswein mit Prädikat für den zu Thüringen gehörenden Teil des bestimmten Anbaugebiets
Saale-Unstrut**

Stufe	Volumenprozent	°Öchsle
Qualitätsschaumwein	6,5	53
Qualitätswein Weißer Burgunder Ruländer Blauer Spätburgunder Traminer	7,5	60
Sonstige Rebsorten	6,7	55
Qualitätswein mit Prädikat Kabinett Spätlese Auslese Beerenauslese Trockenbeerenauslese Eiswein	9,8 11,4 13,0 16,9 21,5 16,9	75 85 95 120 150 120

Anlage 4
(zu § 18)

Verzeichnis der zulässigen Gemeinde- oder Ortsteilnamen für Einzellagen

Anbaugebiet Saale-Unstrut

Bereich Thüringen

Einzellagen	Gemeinde- / Ortsteilnamen
Tamsel	Auerstedt
Sonnenberg	Bad Sulza
Schloßberg	Dornburg
Ermtal	Dorndorf
Hopfenberg	Großvargula
Käützchenberg	Jena-Zwätzen
Kaatschener Dachsberg	Kaatschen-Weichau
Wurmberg	Neuengönna

Anlage 5
(zu § 22)

Herbstbuch

Betriebsanschrift:		Straße, Hs.-Nr.		PLZ, Wohnort		Telefon: Vorwahl/Ruf-Nummer	
Name, Vorname							
Rebfläche:		ha:	ar:	m²:	Zahl der Kellerräume:		

1111

□ □ □ □ □ □ □ □ □ □ □ □ □ □

Betriebsnummern:- Landwirtschaft/Weinbaukartei:
- Qualitätsweinprüfung:

Seite:

Jahrgang:

Lfd. Nr.	Datum der Lese	Fass- oder Wein-Nr.	Herkunft des Lesegutes		Größe			Rebsorte	Menge in kg Trauben, l Maische oder Most	°Öchsle	Säure	Verwendung des Lesegutes		
			Gemar- kung	Einzellage	ha	Ar	m ²					Selbst- einlag.	Abgabe und Verkauf	Menge kg oder l
1	2	3	4	5	6			7	8	9	10	11	12	13

**Anordnung
über die Errichtung des Landesjugendamtes
Vom 22. März 2005**

Aufgrund des Artikels 90 Satz 3 der Verfassung des Freistaats Thüringen vom 25. Oktober 1993 (GVBl. S. 625), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Oktober 2004 (GVBl. S. 745), ordnet die Landesregierung an:

**§ 1
Errichtung**

Das Landesjugendamt wird als obere Landesbehörde im Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit errichtet.

**§ 2
Zusammensetzung**

Das Landesjugendamt besteht aus dem Landesjugendhilfeausschuss und der Verwaltung des Landesjugendamtes.

**§ 3
Organisatorische Anbindung und Bezeichnung**

Die Verwaltung des Landesjugendamtes ist ein eigenständiges Referat im Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit und führt die Bezeichnung „Landesjugendamt“. Der Leiter der Verwaltung des Landesjugendamtes ist der Referatsleiter.

**§ 4
Wahrnehmung der Aufgaben**

(1) Der Landesjugendhilfeausschuss befasst sich mit allen Angelegenheiten der Kinder- und Jugendhilfe, soweit sie von über-

örtlicher Bedeutung sind und nicht zu den laufenden Geschäften gehören.

(2) Der Leiter der Verwaltung des Landesjugendamtes führt die Geschäfte der laufenden Verwaltung im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen, dieser Anordnung und der Beschlüsse des Landesjugendhilfeausschusses. Er berichtet dem Landesjugendhilfeausschuss über wichtige Angelegenheiten und führt seine Beschlüsse aus. Hält er einen Beschluss für rechtswidrig oder für nicht vollziehbar, so hat er den Minister für Soziales, Familie und Gesundheit, im Bereich der Kindertageseinrichtungen auch den Kultusminister, unverzüglich zu unterrichten und eine Weisung über das weitere Vorgehen einzuholen.

(3) Der Leiter der Verwaltung des Landesjugendamtes wird nach Anhörung des Landesjugendhilfeausschusses bestellt.

**§ 5
In-Kraft-Treten**

Diese Anordnung tritt am Tage nach der Veröffentlichung in Kraft.

Erfurt, den 22. März 2005

Die Landesregierung

Der Ministerpräsident

Dieter Althaus

Der Minister für Soziales,
Familie und Gesundheit

Klaus Zeh

**Erste Anordnung und Verordnung
zur Änderung
der Anordnung über die Errichtung der Straßenbaubehörden und
der Thüringer Bundesfern- und Landesstraßen-Zuständigkeitsverordnung
Vom 18. März 2005**

Die Landesregierung ordnet aufgrund des Artikels 90 Satz 3 der Verfassung des Freistaats Thüringen vom 25. Oktober 1993 (GVBl. S. 625), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Oktober 2004 (GVBl. S. 745), an und verordnet aufgrund des § 7 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 Satz 1 des Verkündigungsgesetzes vom 30. Januar 1991 (GBl. S. 2):

**Artikel 1
Änderung der Anordnung über die Errichtung der
Straßenbaubehörden**

§ 1 der Anordnung über die Errichtung der Straßenbaubehörden vom 9. Februar 2001 (GVBl. S. 13), die durch Artikel 1 Abs. 2

des Gesetzes vom 23. September 2003 (GVBl. S. 433) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Nummer 2 werden die Worte "vorläufigen Sitzen in Leinefelde und Mühlhausen" durch die Worte "Sitz in Leinefelde-Worbis" ersetzt.
2. In Nummer 3 werden die Worte "Südthüringen mit vorläufigen Sitzen in Suhl und Meiningen" durch die Worte "Südwestthüringen mit Sitz in Zella-Mehlis" ersetzt.
3. In Nummer 5 werden die Worte "vorläufigen Sitzen in Erfurt und Kölleda sowie" durch die Worte "Sitz in Erfurt" ersetzt.

Artikel 2 Änderung der Thüringer Bundesfern- und Landesstraßen-Zuständigkeitsverordnung

In § 1 Nr. 4 der Thüringer Bundesfern- und Landesstraßen-Zuständigkeitsverordnung vom 9. Februar 2001 (GVBl. S. 14), die durch Artikel 3 des Gesetzes vom 23. September 2003 (GVBl. S. 433) geändert worden ist, wird jeweils das Wort "Südthüringen" durch das Wort "Südwestthüringen" ersetzt.

Artikel 3 In-Kraft-Treten

Diese Anordnung und Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Erfurt, den 18. März 2005

Die Landesregierung

Der Ministerpräsident

Der Minister für Bau und Verkehr

Dieter Althaus

Trautvetter

Thüringer Umlegungsausschussverordnung (ThürUaVO) Vom 22. März 2005

Aufgrund des § 46 Abs. 2, des § 80 Abs. 5 Satz 1 und des § 212 Abs. 1 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414) verordnet die Landesregierung:

§ 1

Bildung des Umlegungsausschusses

(1) Zur Durchführung der Umlegung haben die Gemeinden, sofern sie nicht von der Befugnis zur Übertragung nach § 46 Abs. 4 Satz 1 BauGB Gebrauch machen, einen Umlegungsausschuss zu bilden. Das gilt auch für vereinfachte Umlegungsverfahren. Der Umlegungsausschuss hat die der Umlegungsstelle nach den §§ 47 bis 84 BauGB mit Ausnahme des § 81 Abs. 2 Satz 2 BauGB zustehenden Befugnisse.

(2) Der Umlegungsausschuss führt in Gemeinden die Bezeichnung "Gemeinde ... - Umlegungsausschuss -", in Städten "Stadt ... - Umlegungsausschuss -" und das Dienstsiegel der Gemeinde oder der Stadt.

§ 2

Zusammensetzung des Umlegungsausschusses

(1) Der Umlegungsausschuss besteht aus dem Vorsitzenden und vier weiteren Mitgliedern. Der Vorsitzende muss zum höheren technischen Verwaltungsdienst der Fachrichtung Vermessungs- und Liegenschaftswesen befähigt sein oder mit entsprechender Qualifikation Aufgaben des höheren vermessungstechnischen Verwaltungsdienstes wahrnehmen und seinen Dienstsitz in Thüringen haben. Die Mitglieder dürfen nicht Beschäftigte einer der Stellen nach § 6 sein. Unter den Mitgliedern müssen zwei gewählte Gemeinderatsmitglieder nach § 23 Abs. 2 Satz 1 der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) sein. Ein Mitglied (Fachmitglied) soll die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren allgemeinen Verwaltungsdienst haben. Steht eine zum Richteramt oder zum höheren allgemeinen Verwaltungsdienst befähigte Person nicht zur Verfügung, kann eine andere im Liegenschaftsrecht erfahrene Person gewählt werden. Ein Mitglied (Fachmitglied) muss in der Bewertung von Grundstücken erfahren sein. Stehen in der Gemeinde Personen mit den geforderten Befähigungen als Mitglieder nicht zur Verfügung, so können Personen mit diesen Befähigungen, die nicht Bürger der Gemeinde sind, gewählt werden.

(2) Für den Vorsitzenden und die Mitglieder sind ein oder mehrere Vertreter zu wählen, die die gleichen Voraussetzungen erfüllen müssen wie der Vorsitzende oder das Mitglied, zu dessen Vertretung sie gewählt sind.

(3) Der Vorsitzende und die Fachmitglieder dürfen weder dem Gemeinderat noch der Gemeindeverwaltung angehören. Weder der Vorsitzende und sein Stellvertreter noch die Mitglieder dürfen hauptamtlich oder hauptberuflich mit der Verwaltung von Grundstücken der Gemeinde oder des Landkreises, dem die Gemeinde angehört, befasst sein.

§ 3

Wahl und Amtszeit des Umlegungsausschusses

(1) Der Gemeinderat wählt den Vorsitzenden sowie die Mitglieder des Umlegungsausschusses und ihre Vertreter jeweils für die Dauer seiner Amtszeit. Eine Wiederwahl ist zulässig.

(2) Wird der Umlegungsausschuss während der Amtszeit des Gemeinderats neu gewählt oder scheiden einzelne Mitglieder aus, so erfolgt die Wahl des Umlegungsausschusses oder der neuen Mitglieder für die restliche Amtszeit des Gemeinderats.

(3) Der Vorsitzende sowie die Mitglieder des Umlegungsausschusses und ihre Vertreter bleiben bis zur Wahl ihrer Nachfolger im Amt.

(4) Im Falle der Auflösung des Umlegungsausschusses nach § 8 endet die Amtszeit des Vorsitzenden sowie der Mitglieder und ihrer Vertreter mit der Auflösung.

§ 4

Verpflichtung des Umlegungsausschusses

Der Vorsitzende, die Mitglieder des Umlegungsausschusses und ihre Vertreter sind vor ihrer ersten Dienstleistung durch den Bürgermeister der Gemeinde zur gewissenhaften Ausübung ihrer Tätigkeit und zur Verschwiegenheit nach § 12 Abs. 3 Satz 1 ThürKO zu verpflichten. Der Vorsitzende sowie die Mitglieder des Umlegungsausschusses und ihre Vertreter sind darauf hinzuweisen, dass sie Ausschlussgründe nach § 38 ThürKO unverzüglich dem Umlegungsausschuss zu offenbaren haben. Liegen für den Vorsitzenden oder Mitglieder Ausschlussgründe vor, handeln

deren Stellvertreter. Über die Verpflichtung ist eine Niederschrift anzufertigen.

§ 5

Tätigkeit des Umlegungsausschusses

(1) Der Umlegungsausschuss entscheidet nach seiner freien, aus den gesamten Verhandlungen und Ermittlungen gewonnenen Überzeugung. Er ist an Weisungen nicht gebunden.

(2) Der Umlegungsausschuss beschließt in nicht öffentlicher Sitzung. Der Bürgermeister sowie dessen Beauftragte können an den Sitzungen beratend teilnehmen. Vertreter der zuständigen Bauaufsichtsbehörde sind auf Verlangen anzuhören. Den in den Sätzen 2 und 3 genannten Personen ist über den Stand des Verfahrens sowie über dessen Weiterführung auf Verlangen Auskunft zu geben. Der Vorsitzende kann Mitarbeiter der nach § 6 in Anspruch genommenen Stelle zu den Sitzungen des Umlegungsausschusses hinzuziehen.

(3) Der Umlegungsausschuss ist beschlussfähig, wenn außer dem Vorsitzenden oder dessen Vertreter mindestens zwei weitere Mitglieder, davon ein Fachmitglied, oder deren Vertreter anwesend und stimmberechtigt sind. Er fasst seine Beschlüsse mit Stimmenmehrheit; bei Stimmengleichheit ist die Stimme des Vorsitzenden ausschlaggebend.

§ 6

Inanspruchnahme anderer Stellen

(1) Der Umlegungsausschuss kann sich zur Vorbereitung seiner Entscheidungen der Gemeindeverwaltung bedienen. Die Gemeinde kann die Vorbereitung der Entscheidungen des Umlegungsausschusses auf einen in Thüringen zugelassenen Öffentlich bestellten Vermessungsingenieur übertragen.

(2) Auf Antrag der Gemeinde ist die obere Katasterbehörde oder die örtlich zuständige Flurbereinigungsbehörde verpflichtet, eine für das Amt des Vorsitzenden des Umlegungsausschusses sowie für das seines Vertreters geeignete Person zu benennen. Werden die benannten Personen gewählt, ist die benennende Stelle verpflichtet, die Entscheidung des Umlegungsausschusses vorzubereiten.

(3) Der Umlegungsausschuss kann die Entscheidung über Vorhaben nach § 51 BauGB von geringer Bedeutung den Stellen nach Absatz 1 Satz 1 oder Absatz 2 Satz 1 übertragen. Vorhaben sind in der Regel von geringer Bedeutung, wenn sie Zuteilungen oder Abfindungen nach § 59 BauGB nicht berühren. In Betracht kommen insbesondere

1. Verfügungen zur Übertragung und Vereinbarungen zum Erwerb von Grundeigentum, die den gesamten Bestand eines Eigentümers betreffen,
2. Verfügungen über die Begründung von Grundpfandrechten,
3. Verfügungen über die Aufhebung von Rechten,
4. Vorgänge nach § 51 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 und 4 BauGB, wenn die Zuteilung nicht beeinflusst wird, sowie
5. Regelungen nach unanfechtbarer Vorwegnahme der Entscheidung nach § 76 BauGB.

§ 7

Entschädigung des Umlegungsausschusses

Der Vorsitzende, die Mitglieder des Umlegungsausschusses und ihre Stellvertreter haben für ihre Tätigkeit Anspruch auf Ent-

schädigung und Ersatz ihrer Auslagen. Der Vorsitzende oder dessen Stellvertreter erhalten die Entschädigung und den Ersatz ihrer Auslagen auch, wenn sie den Umlegungsausschuss bei Erörterungsterminen und Gerichtsverfahren vertreten. Entschädigungspflichtig ist die Gemeinde.

§ 8

Auflösung des Umlegungsausschusses

Der Gemeinderat kann die Auflösung des Umlegungsausschusses beschließen, wenn die Umlegung oder vereinfachte Umlegung durchgeführt ist oder nach Ansicht des Umlegungsausschusses nicht durchgeführt werden kann und mit der Anordnung einer weiteren Umlegung oder vereinfachten Umlegung in absehbarer Zeit nicht zu rechnen ist.

§ 9

Vorverfahren

(1) Ein nach dem Vierten Teil des Ersten Kapitels des Baugesetzbuchs erlassener Verwaltungsakt kann durch Antrag auf gerichtliche Entscheidung nach § 217 BauGB erst angefochten werden, nachdem seine Rechtmäßigkeit und Zweckmäßigkeit in einem Vorverfahren nachgeprüft worden ist.

(2) Auf das Vorverfahren sind die §§ 68 bis 72, 73 Abs. 1 und 3 sowie § 80 der Verwaltungsgerichtsordnung entsprechend anzuwenden.

(3) Widerspruchsbehörde ist die obere Katasterbehörde.

§ 10

Übergangsbestimmung

Umlegungsausschüsse, die die Anforderungen an die Zusammensetzung nach § 2 nicht erfüllen, sind innerhalb von sechs Monaten nach dem In-Kraft-Treten dieser Verordnung neu zu wählen.

§ 11

Gleichstellungsbestimmung

Status- und Funktionsbezeichnungen in dieser Verordnung gelten jeweils in männlicher und weiblicher Form.

§ 12

In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten

(1) Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezember 2009 außer Kraft.

(2) Gleichzeitig mit dem In-Kraft-Treten der Verordnung nach Absatz 1 tritt die Umlegungsausschussverordnung vom 6. August 1991 (GVBl. S. 341), geändert durch Artikel 4 der Verordnung vom 28. September 1995 (GVBl. S. 316), außer Kraft.

Erfurt, den 22. März 2005

Die Landesregierung

Der Ministerpräsident

Der Minister für Bau und Verkehr

Dieter Althaus

Trautvetter

**Thüringer Verwaltungskostenordnung
für Bodenordnungsmaßnahmen nach dem Baugesetzbuch (ThürVwKostOBo)
Vom 22. März 2005**

Aufgrund des § 21 Abs. 1 des Thüringer Verwaltungskostengesetzes vom 7. August 1991 (GVBl. S. 285 -321-), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 22. März 2005 (GVBl. S. 115), verordnet die Landesregierung:

§ 1

(1) Für Amtshandlungen der oberen Katasterbehörde, der Flurbereinigungsbehörden sowie der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure im Zuge der Bearbeitung von Bodenordnungsmaßnahmen nach dem Ersten Kapitel Vierter Teil des Baugesetzbuchs werden Kosten (Gebühren und Auslagen) nach dem als Anlage beigefügten Verwaltungskostenverzeichnis erhoben.

(2) In den Gebühren ist die Umsatzsteuer nicht enthalten. Bei Umsatzsteuerpflicht ist sie dem Kostenpflichtigen in Rechnung zu stellen und gesondert auszuweisen.

§ 2

(1) Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezember 2009 außer Kraft.

(2) Gleichzeitig mit dem In-Kraft-Treten der Verordnung nach Absatz 1 tritt Nummer 8 der Anlage zur Thüringer Kostenordnung für Leistungen der Katasterbehörden und der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure vom 9. Dezember 1996 (GVBl. S. 324), geändert durch Verordnung vom 18. April 2000 (GVBl. S. 104), außer Kraft.

Erfurt, den 22. März 2005

Die Landesregierung

Der Ministerpräsident

Dieter Althaus

Der Minister für Bau und Verkehr

Trautvetter

Anlage
(zu § 1 Abs. 1)

Verwaltungskostenverzeichnis

Nr.	Gegenstand	Bemessungsgrundlage	Gebühr in EURO
1	2	3	4
1	Baulandumlegung nach dem Baugesetzbuch		
1.1	Verfahrenstechnische Leistungen nach den §§ 46 bis 63, §§ 66 bis 77	je Ordnungsnummer mindestens jedoch pro Verfahren	300 bis 700 2 100
1.2	Zuschlag für die Vorwegnahme der Entscheidung nach § 76	bis 10 v. H. der Gebühr nach Nr. 1.1 bei jeder betroffenen Ordnungsnummer	
1.3	Zuschlag für die vorzeitige Besitzeinweisung nach § 77	bis 20 v. H. der Gebühr nach Nr. 1.1 bei jeder betroffenen Ordnungsnummer	
1.4	Mehrarbeit, die dadurch entsteht, dass der rechtskräftige Bebauungsplan während des Baulandumlegungsverfahrens wesentlich geändert wird und umfangreiche Folgearbeiten verursacht werden sowie Mehrarbeit, die durch Nachträge zum Umlegungsplan entsteht	Zuschlag bis 30 v. H. der Gebühr nach Nr. 1.1 bei jeder betroffenen Ordnungsnummer	
	<u>Anmerkungen zur Nr. 1</u>		
	a) Mit der Ordnungsnummergebühr sind folgende Leistungen abgegolten: <ul style="list-style-type: none"> - Vorbereitung von Beschlussvorlagen (z. B. Umlegungsbeschluss), - Vorbereitung und Sitzung des Umlegungsausschusses, - Feststellung der Beteiligten, - Anfertigung der Bestandskarte, des Bestandsverzeichnisses und sonstiger Verzeichnisse, - Ermittlung der Sollansprüche, - Information der Beteiligten, - Erörterung mit den Beteiligten, - Abstimmung mit anderen Ämtern, - Erstellung von Konzepten unter Beachtung der Beschlüsse der Gemeindevertretung, - Aufstellung des Umlegungsplans, - Auszüge aus dem Umlegungsplan an die Beteiligten, - Führung der Umlegungsakten, Abwicklung des laufenden Schriftverkehrs, - vollständiger verwaltungsmäßiger Abschluss des Verfahrens. 		

Nr.	Gegenstand	Bemessungsgrundlage	Gebühr in EURO
1	2	3	4
	<p>b) Eine ungeteilte Eigentümergemeinschaft, Eheleute, Lebensgemeinschaften und Erbengemeinschaften mit Kindern sind als eine Ordnungsnummer zu zählen.</p> <p>c) Die Gebühr ist für alle Ordnungsnummern eines Umlegungsverfahrens in Abhängigkeit zum Aufwand einheitlich festzusetzen.</p> <p>d) Wenn die Summe aller Ordnungsnummergebühren geringer ist als die Mindestgebühr, ist diese abzurechnen.</p> <p>e) Die Kosten für die Vorbereitung, die örtliche Vermessung, die häusliche Bearbeitung und die Übernahme von Katastervermessungen werden nach der Thüringer Kostenordnung für Leistungen der Katasterbehörden und der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure erhoben.</p>		
2	Vereinfachte Umlegung nach dem Baugesetzbuch		
2.1	Verfahrenstechnische Leistungen nach §§ 80 bis 84	je Ordnungsnummer mindestens jedoch pro Verfahren	200 bis 500 600
	<u>Anmerkungen zu Nr. 2</u>		
	<p>a) Mit der Ordnungsnummergebühr sind folgende Leistungen abgegolten:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Feststellung der Beteiligten, - gegebenenfalls Vorbereitung und Sitzung des Umlegungsausschusses, - Information und Anhörung der Beteiligten, - Abstimmung mit anderen Ämtern, - Erstellung des Beschlusses über die vereinfachte Umlegung mit Verzeichnis und Karte, - Auszüge aus dem Beschluss an die Beteiligten, - Führung der Akten über die vereinfachte Umlegung, Abwicklung des laufenden Schriftverkehrs, - vollständiger verwaltungsmäßiger Abschluss des Verfahrens. <p>b) Die Anmerkungen zu Nr. 1 Buchst. b bis e gelten entsprechend.</p>		

Nr.	Gegenstand	Bemessungsgrundlage	Gebühr in EURO
1	2	3	4
3	Gebühren nach dem Zeitaufwand Die Gebühren sind nach dem Zeitaufwand zu bemessen, wenn keine Gebührensätze für die entsprechenden Tätigkeiten oder Leistungen in diesem Gebührenverzeichnis festgelegt sind.		
3.1	Beamte des höheren Dienstes oder vergleichbare Angestellte	je ¼ Stunde	18
3.2	Beamte des gehobenen Dienstes oder vergleichbare Angestellte	je ¼ Stunde	14
3.3	Beamte des mittleren Dienstes oder vergleichbare Angestellte	je ¼ Stunde	11
4	Auslagen		
4.1	Entgelte für Post- und Telekommunikationsleistungen, soweit sie das bei der jeweiligen Amtshandlung übliche Maß übersteigen	in voller Höhe	
4.2	Aufwendungen für öffentliche Bekanntmachungen und Zustellungen durch die Behörde	in voller Höhe	
4.3	Leistungen von Gutachtern und Sachverständigen (z. B. Verkehrswertgutachten)	in voller Höhe	

Herausgeber und Verleger: Thüringer Landtag.

Druck: Gebr. Frank KG, 07545 Gera. Erscheinungsweise nach Bedarf.

Verantwortlich für den Inhalt:

1. Der Thüringer Landtag für die Gesetze.

2. Die Thüringer Staatskanzlei für die Rechtsverordnungen der Landesregierung, der Minister und sonstige Veröffentlichungen von wesentlicher Bedeutung.

Bezugsbedingungen: Bezugszeit ist das Kalenderjahr. Bezugspreis im Abonnement jährlich 43,46 Euro. Abbestellungen für das nächste Kalenderjahr müssen bis spätestens 1. November der Landtagsverwaltung vorliegen. Auslieferung von Einzelstücken durch die Landtagsverwaltung. Preis je Doppelseite: 0,15 Euro zuzügl. Versandkosten. Die Preise enthalten keine Mehrwertsteuer, da die Herausgabe des Gesetz- und Verordnungsblattes hoheitliche Tätigkeit ist.

Postanschrift: Verwaltung des Thüringer Landtags, 99096 Erfurt, Jürgen-Fuchs-Straße 1, Tel.: (0361) 3772073, Fax: (0361) 3772016